

Noch einmal:  
**OST-  
VERTRÄGE**



Nachrichten aus  
den Fachschaften

Ein Mann hat  
seine Freunde!  
Auszug aus  
Papalekas  
Dissertation



Militärdiktatur  
und Natopartner  
Türkei:  
Das Gemetzel  
in Kizildere



10. 5. 1972

10 Pf Nr. 94

**bochumer studenten zeitung**  
universität bochum u. klinikum essen

# Die USA: Sie bringen Tod und Verderben

Dienstag nacht war die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates. Nixon gab anschließend über Funk und Fernsehen bekannt, daß die USA den Krieg gegen Nordvietnam im enormen Umfang intensiveren werden:

- ① totale Seeblockade Nordvietnams,
- ② Verminderung der nordvietnamesischen Häfen,
- ③ Verstärkung der Luft- und Marineeinheiten durch Elitetruppen,
- ④ gezielte Bombardements auf Hanoi (Deiche, Fabriken usw.),
- ⑤ verstärkte Anwendung biologischer und chemischer Waffen.

Im Golf von Tonking kreuzt die stärkste US-Flotte seit dem 2. Weltkrieg. Je Flugzeugträger 80 Maschinen, die pausenlos (Tag und Nacht) zu Bombeneinsätzen nach Vietnam starten. Zwar werden Bodentruppen abgezogen, denn das technologisch-perfekte Militärsystem der USA hat Bodentruppen nicht mehr nötig; dafür werden zwangsweise südvietnamesische Bauern in den Tod geschickt (in Hué wurden in den letzten Tagen 70jährige Soldaten gesehen).

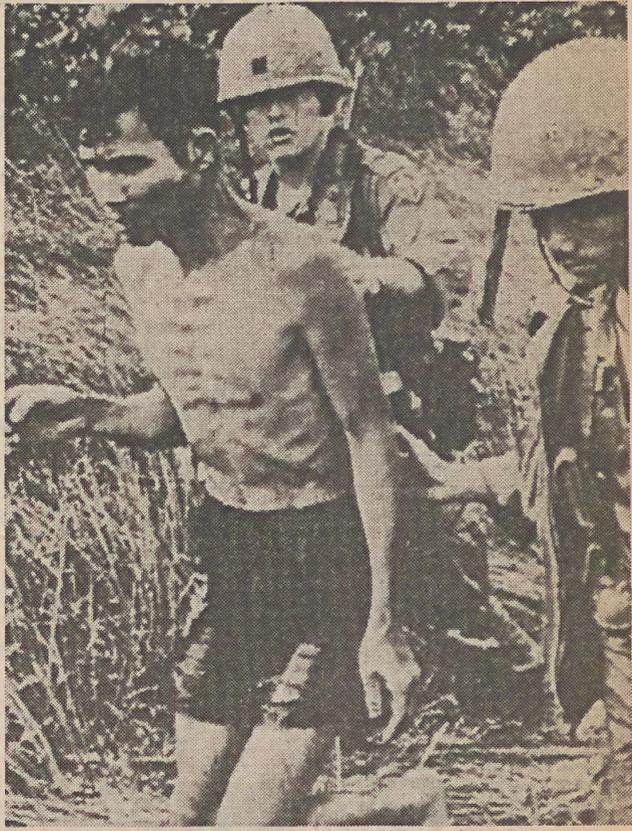
Doch: 5000 Ledernacken warten auf den Schiffen vor Vietnam, um in die Kämpfe wieder eingreifen zu können.

Die Bombardierung und Vernichtung der Deichanlagen des Roten Flusses in Nordvietnam und die Bombardierung der nordvietnamesischen Städte durch Bomber der US-Imperialisten zeigen ganz klar das Gesicht dieser Weltmacht. Die VR-China und die Sowjetunion können jetzt einfach nicht mehr tatenlos zusehen, wie die US-Imperialisten den totalen Krieg in Vietnam eröffnen.

Da die Befreiungstruppen den größten Teil der Südvietnamesischen Armee ausgeschaltet haben und die Befreiung ganz Vietnams nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien, kann Nixon nicht umhin, diese „nationale Schande“ für die USA durch Bomben, Minen und chemische Waffen wieder „gutzumachen“.

Die USA haben sich über das „Genfer Abkommen“ von 1954 hinweggesetzt und sind für jeden Toten in Vietnam letztlich verantwortlich. Einen wirklichen Frieden für Vietnam kann es nur dann geben, wenn der letzte US-Imperialist Vietnam verlassen hat und in ganz Vietnam die Volksherrschaft errichtet ist. Darum muß Vietnam jetzt weiterkämpfen.

Der US-Imperialismus ist Krieg, Tod und Verderben (auch in Korea, Kuba, Honduras usw. usw.): Und es ist mehr als zynisch, wenn die BILD-Zeitung die Flüchtlinge als Wähler, die mit den Füßen abstimmen, bezeichnet, und es ist mehr als typisch, wenn das bundesrepublikanische Nachrichtensystem erst kurz vor Mitternacht im dritten Programm zu bedenken gibt, daß die Flüchtlinge vielleicht nur fliehen, weil sie Angst haben vor den auf dem Rückzug plündernden und brandschatzenden südvietnamesischen Regierungstruppen und vor allen Dingen vor den Bombenteppichen der US-Flugzeuge, die regelmäßig dort niedergehen, wo südvietnamesische Kommunisten (Vietcong) und ihre nordvietnamesischen Verbündeten sich festsetzen konnten, auf Felder, Deiche, Dörfer, Städte. Diese Brutalität ist nur noch zu übertreffen durch den Abwurf von Atombomben. Aber auch da kann unsere westliche Schutzmacht schon auf eine ruhmreiche Tradition zurückblicken.



## vds-Politik des nächsten Jahres auf dem alten Gleis

Am 8. Mai 1972 gegen 7.00 Uhr morgens wurde ein spartakistischer Vorstand für den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gewählt. Das Hauptverdienst dafür kommt den zwei JuSo-Asten Köln und Saarbrücken zu, die aufgrund der politischen Konstellation die Funktion eines Züngleins an der Waage wahrnehmen konnten. Sie stimmten in den entscheidenden Fragen mit dem Spartakus und dessen Ableger, dem SHB-/Mehrheitsfraktion (SHB/MF).

### Politische Konstellation

- Auf der VDS-Mitgliederversammlung (VDS-MV) sah die politische Konstellation folgendermaßen aus:
- 1. revisionistische Gruppen (Spartakus, SHB/MF); ca. 45 %
  - 2. reformistische Gruppen (JuSos); ca. 7 %
  - 3. nichtleninistische Gruppen (SHB/Sozialistische Fraktion, Proletarische Front); ca. 25 %
  - 4. kommunistische „Zirkel“ (Neues Rotes Forum Heidelberg, KSV Frankfurt, KSB Göttingen); ca. 15 %
  - 5. ML-Gruppen (KHG/ML Tübingen etc.); 7 %
  - 6. rechte Gruppen

SHB/SF keine Aktionsprogramme vorgelegt.

### Vorstand

Die JuSos, die die explizite Erklärung der SF-Asten, sie würden sich nunmehr an einem Vorstand nicht mehr beteiligen, fälschlicherweise für einen taktischen Winkelzug hielten, standen in der Nacht vom 7. auf 8. vor der großen Verlegenheit, entweder einen Spartakus/SHB/MF-Vorstand zu wählen oder selbst in den Vorstand hineinzugehen. Das — vom JuSo-Bundesvorstand gesteuerte — Gepoker endete mit einem Spartakus/SHB/MF-Vorstand von drei Leuten.

### Zentralrat, Projektbereiche

In der Frage der Besetzung des Zentralrats, in dem 20 Asten zwischen den jährlichen Mitgliederversammlungen die Politik des Vorstandes bestimmen und kontrollieren, gelang es dem Spartakus/SHB/MF, durch Bruch von Verhandlungsabsprachen und von Weichklopfen der JuSos, die während der ganzen MV eine taktische Position, jedoch keine strategische Linie vertraten und vertreten konnten, eine 9:2:9-Lösung durchzusetzen (9 Spartakus/SHB/MF; 2 JuSo; 9 Rest), obwohl eine 8:2:10-Lösung vorher mit dem Spartakus/SHB/MF abgesprochen war.

- Projektbereiche wurden — wie folgt — verteilt:
- PB Soziales (Kiehm/SHB/MF)
  - PB Bildungspolitik (Gilbert/SHB/SF)
  - PB Technologie (Niemann/KSB Göttingen)
  - Fachkonferenz Medizin (Krahwinkel/SHB/SF)
  - PB Ausbildung (Naumann/Spartakus)
- Die Frage der Fachkonferenzen — Gesellschaftswissenschaften — NatMat — Kultur (?) wurde dem Zentralrat zur Entscheidung überwiesen.

### VDS-Politik

- Die VDS-Politik des nächsten Jahres wird also bedeuten:
- Fortsetzung eines demokratischen Kampfes gegen links, ohne eine sozialistische Perspektive aufzuweisen;
  - Fortsetzung des Oktrois falscher Parolen und Orientierungen von der VDS-Spitze
  - Fortsetzung einer Politik der Stärkung des Spartakus Bochum gegen den AstA Bochum und einer Schwächung des VDS.

Der AstA Bochum wird selbstverständlich nicht den VDS ignorieren, weil er die Notwendigkeit eines studentischen Verbandes als Bündnisorganisation bejaht. Wir werden bei Aktionen im Rahmen des VDS die zu erwartenden falschen Orientierungen nicht übernehmen. Zum zweiten werden wir die Zusammenarbeit mit dem VIS (Ingenieurschulverband NRW) intensivieren, um einerseits die Breite von Aktionen zu gewährleisten und andererseits diese Aktionen mit einer breiten richtigen politischen Orientierung durchzuführen.

In nächster Zeit wird eine ausführliche Darstellung der Organisationsstruktur, Kritik und Perspektive des VDS folgen.

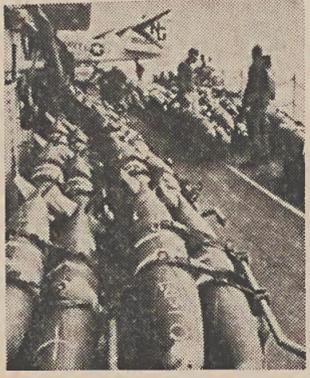


## Kapitalistenverband will „Schwarze Listen“ gegen Arbeiter

Wie die „Stuttgarter Nachrichten“ am 7. Oktober berichteten, hat das Kapitalistensyndikat „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber“ (BDA) damit begonnen, einen Spitzendienst gegen politisch aktive Arbeiter aufzubauen. Der BDA hat seine Mitglieder aufgefordert, in ihren Betrieben entsprechendes Material zu sammeln und zur Auswertung in die Zentrale des BDA weiterzuleiten.

Nach Ansicht der Herren vom BDA haben sich „radikale Tendenzen“ in den Betrieben verstärkt. Daher gelte es, „die Aktivitäten linker und sonstiger Gruppen in den Betrieben stärker zu beobachten“.

„Besonderes Augenmerk“ wollen die Kapitalisten auf Kollegen richten, die sich bereits in Betriebsgruppen organisiert haben.



Suche gebrauchtes Moped, wenn's geht billig. Baracke I, Zimmer 7

## Papalekas und das Grundgesetz

Wir haben auf der folgenden Seite den Schluß von Papalekas Dissertation, seinem ruhmreichen, hellenischen Vaterlande in Ehrfurcht gewidmet, ungekürzt veröffentlicht. Aus dieser Arbeit geht eindeutig hervor, daß Papalekas sich gegen jede Form von Demokratie wendet, daß er ein politisches System der uneingeschränkten Herrschaft einer Elite fordert.

Papalekas hat somit den Boden des Grundgesetzes in Richtung rechts verlassen. Doch während Sozialisten, die den Boden des Grundgesetzes nach links verlassen, und Demokratie, Macht für die arbeitende Bevölkerung verlangen, suspendiert und verfolgt werden (Brückner, Seifert, Mandel usw.), nimmt der gleiche Staat einen Fascisten wie Papalekas in Schutz. Die weitere Behandlung seines Falles wird zeigen, daß das Gerede von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nur leeres Gequatsche ist, das über die Funktionslosigkeit des Parlamentes, über Betriebsverfassungen, Hochschul- und Notstandsgesetze, über Bundesgrenzschutz, politische Polizei usw. usw. hinwegtäuschen soll. Hier geht es nicht um Demokratie oder Nicht-Demokratie, hier geht es um Kapitalinteressen und sonst gar nicht.



Papalekas und Gesinnungsgenosse Scheuch

## „Saubere“ Atomwaffen für Europa

Unabhängig von den Geheimverhandlungen zwischen den USA und der SU über die Begrenzung der strategischen Rüstung sind die beiden Staaten nach Beobachtungen der schwedischen Forschungsanstalt für Verteidigung dabei, eine neue Periode des Wettrüstens mit sogenannten „sauberen“ Kernwaffen einzuleiten.

Diese Waffen würden eine relativ geringe radioaktive Verseuchung verursachen und damit eher die Zivilbevölkerung „schonen“. In der amerikanischen Planung sollen sie gegen einen eventuellen Angriff auf Zentraleuropa eingesetzt werden. Nach den schwedischen Beobachtungen benötigt die NATO diese „sauberen“ Atomwaffen als Ausgleich für die zahlenmäßige Überlegenheit der konventionellen Truppen und Waffen des Warschauer Paktes.

## Parallelen

Wer sich in Zukunft in Griechenland um eine Anstellung im öffentlichen Dienst bewirbt, muß in einem detaillierten Fragebogen Auskunft über seine politischen Ansichten und seine Vergangenheit bis zurück zum 18. Lebensjahr geben. Sogar über die politischen Meinungen seiner Verwandten muß der Bewerber Zeugnis ablegen.

Die Planung sieht vor, daß diese neuen, kleineren und strahlungsfreieren Waffen eingesetzt werden, um nicht sofort den großen Atomkrieg auszulösen.

Die Fragen betreffen die Mitgliedschaft in einer Partei oder politischen Organisation. „Entsprachen die Ziele der Organisation direkt oder indirekt denen des Kommunismus? Hatten die Parteien oder Organisationen subversive Ziele? Haben Sie an Demonstrationen dieser Bewegung teilgenommen? Teilen Sie die Namen der Organisationen mit, denen Sie im Ausland angehört haben.“

Die Anwärter müssen sich im übrigen verpflichten, den „nationalen Idealen und der legalen Gewalt mit Treue und Hingabe“ zu dienen und „stets den Willen des Staates“ zu erfüllen.

Das kommt uns doch irgendwie schon bekannt vor. Ein Glück, daß es das bei uns nicht gibt.

Clouds of high enjoyment  
**WELLAUER'S**  
ENGLISH BLEND  
Pipe Tobacco  
With Latakia, Perique and Cavendish

## Verlängerung der Rückmeldung und Befreiung von der DSKV

Die Studenten, die sich bis zum 28. 4. 1972 noch nicht zurückgemeldet aber auch nicht exmatrikuliert haben, werden von der Uni angeschrieben und erhalten noch bis zum 30. 5. Gelegenheit, sich zurückzumelden. Gleichermaßen besteht für diese Ausnahmefälle auch noch die Möglichkeit, sich von der Mitgliedschaft in der Deutschen Studentischen Krankenversicherung befreien zu lassen. Außerdem werden auch noch bis zum 30. 5. 1972 Studenten befreit, die vor dem 28. 4. 1972 Mitglied einer gesetzlichen Kasse (z. B. Ersatzkasse) waren, aber aufgrund fremden Verschuldens die Möglichkeit versäumt haben, sich rechtzeitig befreien zu lassen. Die Befreiung wird für diese Fälle in der Baracke 8, Zimmer 3, täglich von 10.00 bis 12.30 Uhr vorgenommen.

**Ausleseprogramme:**

**STUDIO** „Aus der Schatztruhe“  
11. 5., Visontis Der Tod von Venedig  
18. 5., Erfolgswiederholung: Jenseits von Eden  
Regie: Elia Kazan

**CAPITOL** „Action-Auslese“  
11. 5., Überlänge  
Anfangszeit: 15.30 und 20.00 Uhr  
Leone's Spiel mir das Lied vom Tod  
18. 5.,  
Ohne Dollar keinen Sarg — Bounty Killer  
Regie: Eugenio Martin



# Fachschafts- nachrichten

## Papalekas nicht auf dem Boden des Grundgesetzes?

„Der FR Sowi wird die Arbeiten von Papalekas bekommen.“ stand in der letzten BSZ. Er hat sie bekommen — nach langem Kampf. Wenn man die Arbeiten liest, weiß man, warum sie so lange nicht öffentlich einsehbar waren. Wir drucken im folgenden die „Schlußbetrachtungen“ aus Papas Dissertation „Das Problem der politischen Massenparteien“ in vollem Wortlaut ab. Lediglich zweimal wurden griechische Ausdrücke in griechischer Schrift weggelassen und durch drei Punkte ersetzt. Die Ausdrücke sind in der Arbeit aber von Papalekas selbst auf deutsch erklärt. Wir gehen somit keines Inhaltes verlustig.

## Das Problem politischer Massenparteien

### Schlußbetrachtungen

Der kritische Leser dieser Arbeit wird feststellen müssen, daß unsere Untersuchungen durchaus analytisch gestaltet worden sind, d. h., daß ausschließlich auf die Behandlung bestandener oder bestehender Phänomene des Staats- und Gesellschaftslebens eingegangen wurde, ohne der zukünftigen Gestaltung auch einen kleinen Teil der Ausführungen zu widmen. Dies mag den Leser in gewisser Hinsicht enttäuscht haben, da er nach Ablehnung der beleuchteten staatspolitischen und gesellschaftlichen Erscheinungen seitens des Verfassers vielleicht mit Recht eine Stellungnahme für die Zukunft erwartete. Aber man darf nicht vergessen, daß die Dissertation eine streng wissenschaftliche Arbeit darstellt, deren Wesen es ist, nur Bestehendes zu prüfen. Die Wissenschaft hat nicht die Aufgabe, Vorschläge für die Zukunft zu unterbreiten, dies obliegt der praktischen Kunst, sondern sie befaßt sich lediglich mit der Erforschung von Erscheinungen, die auf den mannigfachen Gebieten des menschlichen Zusammenlebens den Geist des Menschen zu beschäftigen pflegen.

Die analytische Untersuchung aber bildet die Grundlage der Erkenntnisgewinnung, welche dann zur Bildung von Zukunftsbildern verhilft.

Nachdem wir also im Laufe unserer Abhandlung wertvolle Erkenntnisse erlangten, was auch der Zweck der Arbeit war, wollen wir nun doch, von ihnen ausgehend, einen kurzen Blick in die Zukunft unserer Staats- und Gesellschaftsordnung werfen, wobei sich der Verfasser vorbehält, in absehbarer Zeit den anzudeutenden Fragenkomplex der Zukunftsgestaltung eingehender zu behandeln.

Die wichtigste unserer Erkenntnisse war zweifellos die, daß die Existenzberechtigung politischer Massenparteien und der mit ihnen verbundenen parlamentarischen Staatsform für die Zukunft abgesprochen werden muß. Eine weitere wichtige Erkenntnis war die, daß auch die mit den Reformbestrebungen zusammenhängenden neuen Staatsformen die parlamentarischen

Übel nicht aus der Welt zu schaffen vermöchten.

Von diesen beiden großen Erkenntnissen ausgehend, ist der Verfasser zur Überzeugung gelangt, daß eine grundlegende Änderung nur dann eintreten kann, wenn die Laienherrschaft in der Politik, die die Quelle aller Übel ist, vollkommen ausgerottet wird. Diese Beseitigung der Laien werden wir aber erst dann befürworten müssen, wenn wir zugleich erkennen, daß die Gesundheit unseres Staats- und Gesellschaftslebens auch nicht in der sogenannten unmittelbaren Demokratie zu suchen ist, da sie nie verwirklicht werden kann. Unmittelbar



Papalekas Forderung: „Sie werden nicht gewählt, sie setzen sich durch.“

telbare Demokratie kann nicht nur deshalb nicht existieren, weil im modernen Staat die „große Zahl“ die direkte Beschlußfassung durch das Volk erschwert oder unmöglich macht, wie meist behauptet wird, sondern weil sie von dem ganzen Volk Fachurteile über komplizierte Fragen staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Natur verlangt; sie verlangt also selbständiges, staatsmännisches Urteil von jedermann. Es ist aber ein nicht zu bestreitendes Naturgesetz, daß es

innerhalb der Gesellschaft mehrere Berufe geben muß, die auf die verschiedenartige Begabung der einzelnen zurückzuführen ist.

Nur in einem Staate, welcher ausschließlich aus Staatsmännern besteht, stünde die unmittelbare Demokratie im Bereiche des Möglichen.

Und, wenn man heute von der unmittelbaren Demokratie des Alten Hellas spricht, mit ihrer Volksbefragung auf dem Markte (...), dann klingen die Worte des Thukydides über die Perikleische Demokratie sehr bedenklich: Dem Namen nach war es Demokratie, in Wirklichkeit aber die Herrschaft des ersten Mannes (...).

Also eine echte Demokratie hat es nie gegeben und wird es auch keine geben, weil es keine geben kann. Die Laienherrschaft deren Ausmerzung der erste wichtige Schritt zur Neugestaltung wäre, soll von der Herrschaft des staatsmännischen Eklektizismus abgelöst werden, wobei betont werden muß, daß dieser Entwicklungsprozeß eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Unter eklektisch oder epileptisch soll nicht nur die geistige Leistung verstanden werden, sondern auch die Charakter- und Moralstärke.

Daß Epileptiker nicht gewählt werden können soll dabei der Hauptgrundsatz sein. Sie setzen sich durch: Der Staat muß ihnen legale Durchsetzungsmöglichkeiten geben, und die sieht der Verfasser in der Laufbahn innerhalb einer zu gründenden hohen politischen Schule, die ausschließlich begabten politischen Naturen die notwendige Bildung und Erfahrung gewährt. Damit wird für die Politik das Recht der Ausschließlichkeit verlangt, welches anderen Wissenschaften schon längst verliehen wurde.

Die Epileptiker sollen die Grundlage zur Durchsetzung des Koinonismus bilden, welcher die Idee der Gemeinschaft verwirklichen soll. Daraus entsteht der eklektische oder epileptische Koinonismus, welcher die Kompetenzfrage am besten zu lösen vermag.

Demnach wird die Staatsharmonie durch das Zusammenwirken der von den Epileptikern nach bestem Wissen und Gewissen gelei-

ten unbesetzt, aber bereits genehmigt (Methodenlehre, Sozialpsychologie II, Politik III, die Neubesetzung des Jaeggi-Lehrstuhls sowie der Assistentenstellen etc.).

4. Zur Erweiterung des Tutorienprogramms und vor allem des Lehrangebots müssen Lehraufträge progressiver Leute unter studentischem Druck immer wieder verlängert werden, um eine Alternative zur bürgerlichen Wissenschaft zu sichern.

5. Für das Fach Soziologie müssen neue Studiengänge erarbeitet werden. Die isolierte Existenz wissenschaftlicher Individuen, die Trennung zwischen Theorie und Praxis (die auf allen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen existiert), die Willkürlichkeit und Irrationalität der Wissensvermittlung usw. müssen aufgehoben werden. (Das Jaeggi-Oberseminar leistet dazu äußerst wertvolle Vorkarbeit.)

6. Mit dem Kampf um institutionell abgesicherte Tutorien und der Orientierung auf neue Studiengänge tritt gleichzeitig die Notwendigkeit des Kampfes um neue Prüfungsordnungen als mittelfristiges Ziel auf den Plan.

7. Die materielle Situation der Studenten muß verbessert werden z. B.

a) Organisation einer „Roten-Studienhilfe“, deren Aufgabe die Unterstützung der Kommilitonen und Genossen bei Lern-, Prüfungs-, Finanz- und Kommunikationsproblemen ist.

b) Beschaffung von Räumen, in denen Studenten arbeiten und diskutieren können (erster Erfolg: 3 Räume auf GB 04).

c) Es ist nicht einzusehen, warum Professoren unbegrenzt Bücher ausleihen dürfen, während den Studenten unzumutbare Ausleihfristen auferlegt werden. Deshalb eine neue Form der Bücherausleihe, die die Ordinarienvorrechte endlich abschafft!! Fachschaft Sowi

teten Staatsführung und der Vertretung der Berufszweige herbeigeführt; diese Vertretung soll darin bestehen, die wahren Interessen und Lebensbedürfnisse der arbeitenden Patrioten durch beratenden Beistand den leitenden Staatsmännern zu unterbreiten.

Um eventuelle Übergriffe der Epileptiker zu vermeiden, soll ein Kontrollorgan aus epileptischen Zweigen bestehend ins Leben gerufen werden.

Der Verfasser ist der Ansicht, daß diese Anschauung, die übrigens teils auf platonischen Gedanken basiert, Recht auf Ausschließlichkeit besitzt und die Zukunft zu bestimmen haben wird.

Die geschichtliche Kontinuität zeigt, daß der Entwicklungsprozeß heute ein letztes Übergangsstadium erreicht hat, welches in der absoluten Herrschaft der von den Kapitalisten ausgebeuteten ärmeren Klasse besteht. Dieser Zeitabschnitt der Rache, der vom Bolschewismus beherrscht wird, kann je nach dem von langer bzw. kurzer Dauer sein; er bildet jedenfalls einen Übergangsabschluß, da die wirtschaftlich und sozial Schwächeren es fertigbringen, die absolute Herrschaft an sich zu reißen.

Da aber der Bolschewismus nichts anderes darstellt, als eine Umkehrung der Gesellschaft, da also sein Sieg weiterhin die Vergewaltigung von Klassen aufrecht erhält, kann er keinen Anspruch auf Dauerhaftigkeit erheben.

Ein Hinausziehen der kommunistischen Herrschaft bedeutet daher eine Verlängerung der Übergangsperiode, die von der ausgeglichenen Herrschaft des epileptischen Koinonismus abgelöst werden wird. Die rasche Durchsetzung des Eklektizismus und Koinonismus wird das baldige Ende der kommunistischen Übergangsperiode und den Beginn eines neuen, aussichtsreichen Lebens bedeuten. Sie hängt ab von der Existenz großer Männer, die bei jeder Generation zu finden sind und die den Geist ihrer Zeit begreifen.

Der epileptische Koinonismus bedeutet nach der Meinung des Verfassers zugleich das Ende der gesellschaftlichen Revolution, da er dem schrankenlosen Klassenkampf ein Ende setzt und den Differenzierungsprozeß durch die Verwirklichung der Gemeinschaft zur völkischen Harmonie umgestaltet.

### ANGLISTIK Rektor Grosse in Hochform

Seit dreieinhalb Monaten fordern die Studenten des ES drei weitere Räume, um die anliegenden Büroarbeiten des FR und der kooptierten Mitglieder bewältigen zu können. Nachdem eine positive Antwort zunächst verweigert und dann, auf erneute Anträge hin, über zwei Monate hinausgezögert wurde, besetzten die Anglistikstudenten am 2. 5. zwei Räume des ES.

Der Dekan Broich (BfW) ließ nicht lange auf sich warten, und mit wohlbewährtem Charme machte er auf die „Illegalität“ dieses Vorgehens aufmerksam. Nur eine Viertelstunde später meldete sich auch prompt der Rektor, um den FR „auf die Folgen eines solchen Handelns aufmerksam zu machen“. In einem anschließenden Gespräch mit Grosse wurde dem FR bedeutet: „Die Zeit der Besetzungen ist endgültig vorbei.“

Der Rektor drohte mit Strafverfahren, wobei eine Relegation der FR-Mitglieder impliziert wurde — man erinnere sich nur an die jüngsten Ereignisse in Bonn. Der von Faillard und Papalekas in die Wege geleitete erste politische Prozeß gegen Fachschaftsräte an der RUB (Sowi-Prozeß), scheint Grosse und Broich dazu angeregt zu haben, gegen die gewählten Studentenvertreter in Fachschaftsämtern massiv im Rahmen der Kriminalisierung der Linken in der BRD vorzugehen.

Der FR Anglistik brach unter dem Druck die Besetzung ab, worauf sich spontan das „Rote-2.-Mai-Tribunal“ bildete, welches den Beschluß des FR nicht anerkannte und weitere Aktionen ankündigte.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß solche Aktionen nur unter der Beteiligung der studentischen Massen Erfolg versprechen, damit nicht einzelne unnötig den Repressalien der Klassenjustiz ausgeliefert werden.

Letzte Meldung: Der Kanzler drang übers Wochenende in den verschlossenen Fachschaftsraum der Anglisten ein und entfernte die Matratzen, die unsere wichtigste Sitzgelegenheit darstellten. Außerdem wurden Möbel aus den Stauräumen im Gebäude GB, die zu einem Kommunikationszentrum ausgebaut werden sollten, abtransportiert. FR-Anglistik

### Junta-Methoden in Abt. VIII

## Spitzelterror gegen Linke

Die Kette der politischen Verfolgung und Disziplinierung Linker in allen gesellschaftlichen Bereichen der BRD und West-Berlins nimmt kein Ende. Sie reicht von den Morden an angehenden Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe (von Rauch, Schelm, Weisbecker) über Einstellungsverbote gegen linke Lehrer und Hochschullehrer (Lefèvre, Holzer, Henne, Laux etc.) über Suspensionen und Disziplinierungen (im Falle Brückner, Pasiersky etc.) bis hin zu den jüngsten Relegationen fortschrittlicher Studenten in Bonn.

Auch wer an dieser Universität die berechtigten Interessen der Studenten im Kampf gegen Kapital und Kultusbürokratie vertritt, hat mit heimtückischen Konterschlägen jeden Kalibers zu rechnen.

Exemplarisch für diese Machenschaften ist die Politik, die Altfa-schist Papalekas in der Abteilung VIII seit vielen Semestern gegenüber fortschrittlichen Studenten verfolgt. Nachdem er mit seiner beispiellosen Pressekampagne, die er bereits im letzten WS wegen angeblicher „Gewaltakte“ etc. der gewählten studentischen Vertreter der Abteilung inszeniert hatte, eine Schlappe hinnehmen mußte — auf Klage der Studentenschaft hat das Landgericht Bochum Papalekas etc. zum Widerruf verurteilt — wählte er im Untergrund weiter:

1. Gegen Ende des Jahres strengte er ein (plötzlich im öffentlichen Interesse liegendes, nämlich durch die Staatsanwaltschaft Bochum vertretenes) Strafverfahren wegen Beleidigung etc. gegen den Fachschaftsrat an. — Dieses Verfahren läuft noch ...

2. Inzwischen hat er — in immer und lang bewährter Kooperation mit Rektorat (Ex-Rektor Faillard) und politischer Polizei (K 14) — zum bislang härtesten Schlag der Kriminalisierung studentischer Vertreter ausgeholt:

Seit Januar 72 ermittelt die poPo Bochum (K 14) gegen Kommilitonen, die in Papalekas' Vorlesung über die Abteilungssatzung und andere Abteilungsprobleme diskutiert haben, wegen Nötigung!

Hierbei hat Papa nicht davor zurückgeschreckt, einige ihm bekannte Kommilitonen namentlich (bes. SAG-Mitglieder) zu denunzieren!

Vorwand dieser ungeheuerlichen Attacke sollen Körperverletzung

und Anschläge auf sein Büro sein („die Entfernung von Namensschildern“).

Ein fingiertes Flugblatt, das angeblich zur Bandenbildung aufruft, muß dafür herhalten, drei SAG-Mitglieder zur kriminellen Vereinigung im Sinne § 129 abzustempeln.

Diese Sauererei ist kein einmaliger Ausrutscher und Papalekas kein teuflischer Irrer. Mit seinen miesen Machenschaften ist er ein Vorreiter einer Disziplinierungswelle (siehe HSChRG, Ordnungsrecht etc.), die darauf abzielt, die autonome studentische Interessenvertretung zu liquidieren.

### Studienplatzwechsel Psychologie in Hamburg

Wer tauscht Studienplatz in Bochum gegen Studienplatz in Hamburg. Zur Zeit 5. Semester.

W. Ormanns  
(4) Düsseldorf  
Osterather Straße 22

Es ist abzusehen, daß das Verfahren der Kriminalisierung stud. Aktivitäten gegen Reaktionäre und Kapitalhändler über § 129 (kriminelle Vereinigung) auf weitere Fachschaften, Asten usw. ausge-dehnt wird.

Kommilitonen und Genossen! Wir müssen den perfiden Anschlägen auf die politische Betätigung fortschrittlicher Studenten entschlossen entgegenreten!

KAMPF DER POLITISCHEN DISZIPLINIERUNG!

KAMPF DEN BERUFSSVERBOTEN FÜR DEMOKRATEN UND SOZIALISTEN! SAG

## Überwältigender Wahlsieg der SAG/SoWi

Am 2. 5. fand eine Vollversammlung der Abt. VIII statt; wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl des neuen FR. Der Rechenschaftsbericht des alten FR (3 SAG, 2 KSB/ML, 1 Unabh.) wurde vor allem von seiten des MSB-Spartakus heftig angegriffen und als völlig abstraktes Gerede hingestellt. Dem alten FR wurde vorgeworfen, er habe keine konkrete politische Arbeit geleistet. Wie stichhaltig die Argumente des Spartakus waren, zeigt der Ausgang der Wahl, die im Anschluß an die Diskussion stattfand; alle drei SAG-Mitglieder des alten FR wurden wiedergewählt, und auch auf die drei übrigen Plätze wurden SAG-Genossen gewählt. Damit wird in der Abt. VIII der gesamte FR von der SAG-Sowi gestellt.

Durch diesen absoluten Wahlsieg ist es möglich, die Idee der neuen FR-Mitglieder zu verwirklichen: Die Arbeit an der Abteilung soll nicht mehr von 6 Einzelindividuen geleistet werden, vielmehr von einem politischen Kollektiv, nämlich der gesamten SAG-Sowi.

Das hat zum einen den Vorteil, daß die anfallenden Aufgaben effektiver bewältigt werden können; andererseits wird die Isolierung des FR von den übrigen Studenten — die zumeist durch Arbeitsüberlastung entstand — dadurch teilweise aufgehoben, daß die FR-Mitglieder durch ihre Zugehörigkeit zur SAG auch weiterhin in engem Kontakt zu den übrigen Studenten bleiben.

Im folgenden sollen kurz die wichtigsten Bereiche, die sich für die SAG bei der Fachschaftsarbeit ergeben, aufgezeigt werden:

1. Die Erstellung und Durchsetzung eines alle Bereiche der Sozialwissenschaften umfassenden Tutorienprogramms ist die vordringlichste Aufgabe. Hierbei geht es nicht nur um eine möglichst effektive studentische Selbstorganisation des Studiums, sondern auch um Infor-

mationen über die Bedürfnisse der Kommilitonen und durch deren Politisierung um die Umsetzung ihrer Bedürfnisse in solidarischen Kampf zur Durchsetzung ihrer Interessen.

2. Eine begrenzte studentische Gremienpolitik ist zu verfolgen, die sich die Lücken zwischen außer Kraft gesetzten alten Strukturen und noch nicht verwirklichten „Reformen“ zunutze macht; d. h. im studentischen Massenkampf erreichte Positionen zeitweilig zu fixieren und abzusichern; d. h. nicht, daß der Gremienarbeit ein vorrangiger Stellenwert im Rahmen konsequenter Hochschulpolitik zukommen kann. (Die Erreichung von Positionen durch Gremienarbeit ist eine Illusion, die zwar der Spartakus immer noch vertritt, die aber darüber hinwegtäuscht, wo mit zunehmendem Maß unmittelbarer Subsumption von Wissenschaft und Forschung unter das Kapital die wirklichen Entscheidungen fallen.)

3. Wir müssen unseren Einfluß auf die Berufungspolitik generell erkämpfen und ausdehnen, denn: in der Abt. VIII sind mehr als ein halbes Dutzend H3- und H4-Stel-

## RENAULT-KIRMES

### Die Neuen sind da R 15 und R 17

Vorstellung  
im Rahmen eines Volksfestes  
mit Trimm-Station  
und Aktion Sorgenkind  
auf dem Festplatz Castorper Straße,  
17., 18. und 19. Mai, 15–22 Uhr



## US VERKAUF

H. PETERMANN  
Bochum - Kortumstraße 31  
Telefon 66939

Historiker-Prof:

Einladung an Mandel - wenn Genscher es zuläßt

Daß die Historiker sehr gemischte Erfahrungen mit der Drittparität gemacht haben, seit sich die Abteilung im Jahre 1969 eine Satzung gab, ist wohl weitgehend bekannt. An einem aktuellen Fall von weitreichendem politischen Interesse soll hier gezeigt werden, wie notwendig es ist, sich gerade auch im Hinblick auf die demnächst beginnende Arbeit des Uni-Satzungskonvents auf eine illusionslose, von professoraler Obstruktion begleitete Arbeit einzustellen.

Die Fachschaft Geschichte versucht seit einiger Zeit, über Gastvorträge wenigstens sporadisch Marxisten an die Abteilung zu holen, meist in thematischer Verbindung mit gerade laufenden Lehrveranstaltungen. So auch in diesen Tagen: begleitend zum Seminar „Typen der Industrialisierung in Europa“ sollte Ernest Mandel (Brüssel) einen Gastvortrag halten zum Thema „Die Industrialisierung Italiens als Beispiel einer nachgeholtten Entwicklung vor und nach der Konsolidierung des imperialistischen Zeitalters“.

Die Studentenvertreter im Abteilungsrat wiesen natürlich nachdrücklich auch auf eine zweite Funktion hin, die eine solche Einladung haben würde.

Wie schon vorher Fakultäten in Frankfurt und Bremen hätte die Abteilung ihre Solidarität mit dem nach West-Berlin berufenen, vom SPD-Senat jedoch abgelehnten und seitdem mit einem Einreiseverbot belegten Marxisten bezeugen können. Damit hätte sie zudem einen Beitrag zur Solidarität auch liberaler Kräfte dieses Staates mit der durch Berufsverbote disziplinierten Linken in der BRD leisten können.

Als sich nach erbitterter Diskussion eine Mehrheit für die Einladung herauszuschälen begann, sah sich Professor Seibt, zuständig für spätes Mittelalter, gezwungen, zu einem jederzeit wirksamen Hausmittelchen zu greifen.

Die Loyalität zur Staatsordnung verbiete es ihm, eine Person einzuladen, die „unerwünscht“ sei, so führte er aus, und für den Fall, daß

dennoch eingeladen würde, kündigte er die Einstellung seiner Mitarbeit in den Selbstverwaltungsgremien der Abteilung an.

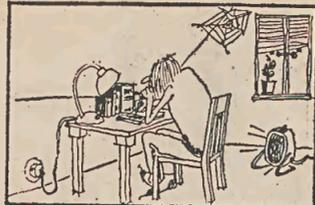
Damit war bei Professoren und Assistenten endgültig jeder Bekennernut gebrochen. Seibts Mitarbeit zu verlieren — welch' schreckliche Aussicht! Dann lieber bei Mandel etwas kürzer treten, dachten die Assistenten, nicht berücksichtigend, daß sie ihre Herren und Meister dadurch geradezu ermunterten, das erfolgreiche Rezept auch künftig anzuwenden.

So blieb nur noch ein fauler Kompromiß: gegen die Studenten, die auf das Aussprechen der Einladung nicht verzichten konnten, wurde beschlossen, Genscher einen Brief zu schreiben, in dem ihm mitgeteilt würde, daß die Abteilung Mandel einladen „möchte“; Genscher wird gebeten, Auskunfts zu geben, ob und in welcher Form ein Einreiseverbot besteht. Für den Fall einer „positiven“ Auskunfts wurde protokolllarisch die Absicht zur Einladung festgehalten.

Inzwischen hat die Fachschaftsvollversammlung bedauert, daß dem Abteilungsrat der Mut zu einem klaren Wort gefehlt hat. Sie hat die professorale Obstruktionsschärfe schärfstens verurteilt und die oben zitierte Begründung als „Rückfall in die politischen Traditionen preußisch-deutscher Rechtfertigungshistographie“ klassifiziert.

Über Genschers Antwort wird, sobald sie eingegangen ist, an dieser Stelle berichtet werden.

Fachschaft Geschichte



Er büßet ohne Unterbrechung, damit er dem Staat und den Eltern so kurze wie möglich auf der Tassore liegt....



... oder er ist höflich und dankbar gegenüber seinen Eltern, kehrt am besten zurück bei ihnen. Weil eine Tassore, einem Jungen Mandel sehr viel helfen kann.....



... deswegen raucht und trinkt er nicht, hat auch keine Mädchen. Seinen Lebensstandard stellt er auf den, daß 6 beträgt

Der BAFÖG-Student



Selbstverständlich vermeidet er jeden Hunger, wie z. B. Demonstrationen, Streiks, oder sonstige Unversöhnlichkeiten gegenüber nicht-igen Bürgern.....



... danken an Eine, Sexuelles oder ähnliche Dinge sind ihm fremd. Natürlich zahlt er auch keine Kindergebühren, kann das besser.....



... zugunsten ihrer verzichtet er auf andere Sachen, Klagen, erhaltet sich über die Pflichten um so mehr, immer!

Eintreten für Verbesserung der Lehrerausbildung = Entzug der Ausbildungsförderung

Am 20. 1. 1972 beschloß die Studentenschaft der PH Nürnberg einen Vorlesungsstreik bis einschließlich 7. 2. 1972. Die Ursache war die katastrophale Ausbildungssituation an dieser Hochschule. Deutlich wird dies dadurch, daß für die 1200 Studenten für den Bereich Pädagogik nur ein Professor und eine Hilfskraft zur Verfügung stehen; nur 90 Studenten konnten in Seminaren unterkommen.

Der Staat als Sachverwalter der Interessen des Kapitals ist aufgrund der allgemeinen Krisensituation nicht in der Lage, eine solche Situation zu beseitigen; die Subventionen für die Wirtschaft werden durch Kürzung des Bildungshaushaltes gewährleistet.

Der Streik war der adäquate Ausdruck des Protests der Studentenschaft der Nürnberger PH. Die Staatsbürokratie reagierte sofort: Streichung des BAFÖG's für die Streikzeit!

Am 16. 3. 72 teilte das Studentenwerk Erlangen dem ASTA der PH Nürnberg eine Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 18. 2. 72 mit, die bestimmt, daß die Verweigerung der Teilnahme an Vorlesungen eine vom Studierenden zu vertretende Unterbrechung der Ausbildung nach § 20 Abs. 2 des BAFÖG darstelle und die für diesen Zeitraum gewährten Förderungsbeträge zurückgefordert werden. Weiter heißt es:

„Weist ein Auszubildender nach, daß er an bestimmten Unterrichtsveranstaltungen teilgenommen hat“ — also ein Streikbrecher — „so entfällt für diese Zeit die Kürzung.“ „Die vom Studentenwerk Erlangen überzahlten Förderungsbeträge für den Zeitraum des Streiks (20. 1. — 7. 2. 72) sollen bei der endgültigen Berechnung der Ausbildungshilfe auf dem Verrechnungswege einbehalten werden.“

Der Streikverbotparagraph 20 Abs. 2 BAFÖG erfährt hier seine erste Anwendung.

Der § 20 Abs. 2 BAFÖG ist überraschend deutlich in seiner Zielsetzung:

„Der Förderbetrag ist für den Kalendermonat oder den Teil eines Kalendermonats zurückzuzahlen, in dem der Auszubildende die Ausbildung aus einem von ihm zu vertretenden Grund unterbrochen hat.“

Der Disziplinierungscharakter wird in der offiziellen Begründung noch weit klarer:

„Es ist unerheblich, aus welchem Grund die Ausbildung unterbrochen wird, sofern nur der Auszubildende ihn zu vertreten hat; auch für die wirtschaftlichen Folgen der Ausübung demokratischer Rechte hat der Auszubildende ebenso einzustehen wie der junge Erwerbstätige.“

Die „Ausübung demokratischer Rechte“, nämlich die politische Aktivität und Arbeit der Studenten, wird hier zum individuellen Akt gestempelt, den nur der einzelne Student zu vertreten hat und für den ihm die wirtschaftlichen Folgen aufgebürdet werden.

Oder anders: wer es sich wirtschaftlich leisten kann, der hat demokratische Rechte; wer sozial schwach gestellt ist, muß sich unterordnen oder aber zum Streikbrecher werden, um seine Förderung zu erhalten.

Die Analogie zu den „Rechten und Pflichten“ der jungen Erwerbstätigen ist nur ein Ausnutzen der Tatsache, daß sich die Bevölkerung mit dem rechtlosen Status der jungen Lohnabhängigen, deren Rechte noch weit stärker beschnitten sind als die der Studenten, weitgehend abgefunden hat.

Das verdeutlicht aber nur, daß der Kampf der Studenten gegen die Disziplinierung nicht isoliert ge-

führt werden kann, sondern im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Kampfes für die Erringung demokratischer und sozialer Rechte, d. h. für den Sozialismus.

Das BAFÖG, das neben der ordnungsrechtlichen Funktion weiter die Tendenz der kapitalistischen Hochschulplanung zu Kurzstudien und verstärktem Leistungsdruck (§ 15 — Förderungsdauer; § 48 — Leistungsnachweis) unterstützt, ist ein Instrument zur Formierung des Ausbildungswesens. Es reiht sich somit voll in das Mosaik der kapitalistischen Hochschulplanung ein; ein Mosaik, das sich durch einheitlichere und zentralistischere „Reform“-Maßnahmen zunehmend aufüllt.

Diese Zentralisation der gesamten Steuerung des Ausbildungssektors wird neben dem BAFÖG, dem Graduiertenförderungsgesetz und dem Hochschulbauförderungsgesetz besonders durch das Hochschulrahmengesetz gefördert werden.

Das Ineinandergreifen dieser Maßnahmen wird schon deutlich z. B. im § 7 BAFÖG, der besagt, daß ein Student nur bis zum „berufsqualifizierenden Abschluß“ gefördert wird, und im § 34 II, III des geplanten HRG, nach dem der Abschluß in der Regel nach einem 6-Semester-Studium erreicht sein soll.

Insgesamt tragen solche Gesetze, die man nicht als Einzelmaßnahmen des Staates sehen kann, zur längerfristigen Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals bei durch eine entsprechende Steuerung des Akademiker-outputs und den Versuch, Konflikte zu minimieren.

SAG-Einführungsschulung

Die SAG (Sozialistische Abteilungsgruppen) veranstalten im SS 72 eine Einführungsschulung. Zu dieser Schulung ist eine Broschüre erschienen (Materialien zur Schulung, erhältlich am SAG-Büchertisch in der Mensa und in der Politischen Buchhandlung, Overbergstraße 5), die neben dem Zahlen- und Faktenmaterial den Aufbau und die Konzeption der Schulung verdeutlicht.

Diese Schulung beginnt nicht mit dem Studium des „Kapitals“ oder sonst eines nur theoretischen Textes. Sie beginnt mit der Darstellung der historischen Entwicklung des bourgeoisen Rechtsstaates.

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung solcher Begriffe wie „parlamentarische Demokratie“ gezeigt und in den notwendigen Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte gesetzt. So soll verdeutlicht werden, daß die abstrakten Inhalte dieser Begriffe doch nichts anderes sind als von der Bourgeoisie für nützlich erkannte Notwendigkeiten.

Im zweiten Abschnitt der Schulung wird die politische und ökonomische Entwicklung der BRD empirisch erläutert. Hierbei soll gezeigt werden, wie die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung zur Vermögenskonzentration überleitet und gesetzlich abgesichert und legitimiert wird. Weiter soll am Beispiel der Rezession 1966/67 der Funktionswandel des Staates zum repressiven Krisenüberwindungsinstrument verdeutlicht werden.

Im nächsten Teil sollen die tatsächlichen Entscheidungsfunktionen, die das bürgerliche Parlament überhaupt noch hat, und das systematische Anwachsen einer Verwaltungsbürokratie empirisch gezeigt und verdeutlicht werden.

Danach wird die Problematik der Arbeitsorganisation und deren Funktion im Kapitalismus diskutiert, um so die Auswirkungen des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital zu erläutern.

Im letzten Teil der Schulung kommt man zum eigentlichen Zentralpunkt: zur politischen Ökonomie.

Dieser Bereich wird aber im Verlauf der Einführungsschulung nur angerissen durch eine Erörterung des marxistischen Begriffs der „Ware“. (Eine eigentliche Schulung

der politischen Ökonomie ist später zu leisten.) Der Begriff der Ware wurde hier gewählt, weil diese zentrale Kategorie die inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft stets neu reproduziert, weil die Warenproduktion die allgemeine Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise ist.

Dieser Aufbau weicht bewußt ab vom bekannten Schulungsaufbau, der ja in der Regel mit der politischen Ökonomie beginnt.

Wir wissen, daß es der materialistischen Methode entspricht, vom Abstrakten aufzusteigen zum Konkreten, von der Erörterung der politischen Ökonomie zur Analyse der Überbauerscheinungen zu gelangen.

Die meisten Erfahrungen haben aber gezeigt, daß sich Schulungsgruppen, die mit dem Studium des „Kapitals“ beginnen, innerhalb kürzester Zeit auflösen oder aber zum akademischen Debattierclub werden.

Es geht uns darum, die unbewußte Notwendigkeit des Studiums der politischen Ökonomie bewußt zu machen, indem wir versuchen, bei den einzelnen Schulungsteilnehmern eine konkrete Motivation für das Studium der politischen Ökonomie zu schaffen.

Wir gehen dabei davon aus, daß der Student aufgrund seiner Klassenlage und seiner Sozialisation nicht unmittelbar mit dem Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital konfrontiert wird. Das aber hat zur Folge, daß im großen und ganzen nur eine geringe Motivation zur theoretischen Aufarbeitung der Kategorien der politischen Ökonomie besteht.

Vielmehr sind die meisten Studenten befangen in Kategorien wie: parlamentarische Demokratie, Rechts- und Sozialstaat u. ä. Diese Begriffe, die von der Bourgeoisie nur zur Legalisierung der bestehenden Produktionsverhältnisse ge-

nutzt werden, werden ansatzweise dann kritisiert, wenn diese Bourgeoisie, bedingt durch die Krisenanfälligkeit des entwickelten Kapitalismus, durch ihre Handlungen die selbstpropagierten Ansprüche ad absurdum führt.

Eine solche Kritik bleibt aber in der moralischen Empörung stecken, solange die Analyse der Ursachen der Widersprüchlichkeit beispielsweise zwischen propagiertem Rechtsstaat und faktischem „Rechts“-staat fehlt.

Genau das soll in dieser Einführungsschulung geleistet werden: es soll neben der Vermittlung der Fakten gezeigt werden, daß deren gesamte Untermauerung durch rechtstheoretische, philosophische und politische Überlegungen im Grunde zurückzuführen ist auf die ökonomischen Verhältnisse.

Es soll gezeigt werden, daß man, um die oben angedeutete Widersprüchlichkeit analysieren zu können, eine bestimmte Methode benötigt.

Es soll gezeigt werden, daß für die Veränderungen des Staates und seiner Konkretisierungen bestimmte ökonomische Verhältnisse maßgebend sind.

Wir meinen, in dieser Weise bei den einzelnen Schulungsteilnehmern eine konkrete Motivation zur Aneignung der Kategorien der politischen Ökonomie und zur Erarbeitung der Methode des dialektischen und historischen Materialismus erzeugen zu können.

Nichts anderes wollen wir mit unserer Einführungsschulung leisten.

SAG (Sozialistische Abteilungsgruppen)

Termine: Mo., 16 — 18 Uhr

Mi., 18 — 20 Uhr

Do., 12 — 14 Uhr

Do., 16 — 18 Uhr

Ort: jeweils GC 6/31

zuviel demokratie

ich klebe ein plakat, das für eine demokratische veranstaltung wirbt. aus einem haus der demokratie kommt ein demokratischer bulle, und weil demokratie in dieser gesellschaft heißt, liege ich bald wieder in den armen meiner genossin. genug demokratie für heute. jürgen klein

§ 218

abtreibung ist ein schweres verbrechen gegen das menschliche leben, das man gar nicht hart genug bestrafen kann. hier müßte wieder die todesstrafe her und adolf. fürchtegot knlich



Der neue Sozialreferent Rothfahl (SAG) verfügte schon immer über gute Beziehungen zur alten Sozialreferentin (SHB). Wird er ihre Politik fortsetzen?

FVV Jura weigerte sich, neuen FR zu wählen

Auf der am vergangenen Donnerstag stattgefundenen FVV bei den Juristen ist nach Anhörung des Rechenschafts- und Finanzberichtes des alten Fachschaftsrates die Frage diskutiert worden, warum von etwa 2000 Juristen nur 60 anwesend waren, eine Woche vorher auf der nicht beschlußfähigen FVV nur 80.

Die Diskussion legte offen, daß anscheinend bei den meisten Juristen das Funktionieren des FR, wenn sie nicht unmittelbar davon zu profitieren glauben, gleichgültig betrachtet wird, d. h. wenn der einzelne Student nicht ein Schließfach oder eine Studienordnung braucht und alle seine Klausuren gewertet worden sind, läßt er sich nicht in den Fachschaftsräumen sehen.

Hier wurde die Diskrepanz deutlich, die zwischen dem „Interessensvertretungsbegriff“ der Mitglieder des FR und dem der meisten Jurastudenten besteht.

Unter diesen Umständen war niemand bereit, für einen neuen FR zu kandidieren, unterstützt von dem Votum der FVV, die einhellig nicht wählen wollte.

Der alte FR wurde kommissarisch beauftragt, bis zum 15. Juni den Begriff „Vertretung studentischer Interessen durch den FR“ zu klären. Er wurde aufgefordert, sonstige anfallende Arbeiten eines FR nicht mehr wahrzunehmen.

Fachschaft Jura



So klug wird keiner in der SAG-Schulung, aber trotzdem...

GEWINN-PREIS-SPIRALE

Die Unternehmer streben in diesem Jahr nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Abzug aller Steuern eine Erhöhung der durchschnittlichen Nettogewinne und Vermögenseinkommen um rd. 14% an. Grundlage für diese Zahl ist die kürzlich veröffentlichte Projektion des „Gemeinschaftsausschusses der gewerblichen Wirtschaft“. Diese Gewinnexplosion läßt

sich erreichen, wenn sich die Arbeitnehmer mit einem Lohnzuwachs um 6 bis 6,5 Prozent zufriedengeben und die Bevölkerung eine Preissteigerungsrate von 4 bis 4,5 Prozent hinzunehmen bereit ist. Diese Verbindung von Gewinn- und Preissteigerungen zeigt, daß die Unternehmer den Zusammenhang zwischen Gewinn und Preisen klar kalkulieren.

SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

Table with columns for day, time, event name, and price. Includes events like PAPA'S GROOVE Düsseldorf, Monty Sunshine's Jazzband, and Popveranstaltung Ruhrland-Halle.

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.



# Linke Diskussion

In der BSZ vom 13. 4. 1972 hat der KSB/ML eine Apologie der chinesischen Außenpolitik veröffentlicht, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Die Revolutionär - Kommunistische Jugend (RKJ), sympathisierende Organisation der IV. Internationale, versucht hier, der Aufforderung der Genossen zur Replik nachzukommen.

## Verrät die chinesische KP die Revolution? Diskussionsbeitrag zu Chinas (revolutionärer?) Außenpolitik

Ohne Zweifel kann die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA nicht an sich als Verrat an der Revolution angesehen werden; die Frage korrekt zu stellen, heißt, sie konkret zu stellen: Welche Interessen verbinden die USA mit diesen Manövern? Werden die Interessen der internationalen Revolution, hier vor allem der indochinesischen, dem nationalen Interesse an der Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen geopfert? War das Treffen gerechtfertigt zu diesem Zeitpunkt, auf dem Höhepunkt der Antikriegsbewegung in den USA, die — ebenso wie die Ausbreitung der revolutionären Bewegungen in der Welt — die einzig sichere Garantie bieten, China aus der Isolierung herauszuführen? Nicht zuletzt wird zu fragen sein, in welchen Kontext anderer Bezüge der chinesischen Außenpolitik der Empfang Nixons in Peking einzuordnen ist.

Nimmt man den Wortlaut des veröffentlichten Kommuniqués, dann hat die chinesische Führung einen offenen revolutionären Standpunkt verteidigt. Sie stellt fest: „Wo Unterdrückung herrscht, gibt es Widerstand. Staaten wünschen Unabhängigkeit, Nationen wünschen Befreiung und Völker wünschen Revolutionen. Dies ist zu einem Trend der Geschichte geworden, dem man nicht widerstehen kann. Alle Nationen, groß und klein, sollten gleich sein ... China wird nie eine Supermacht sein, und es lehnt Hegemonie wie Machtpolitik jeder Art ab ... Die chinesische Seite brachte zum Ausdruck, daß sie Vietnam und die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha in deren Streben nach Erreichen ihrer Ziele entschieden unterstützt.“

Man muß sagen: diplomatische Dokumente dieser Art ist man von der Sowjetunion seit Jahrzehnten nicht mehr gewohnt.

In Moskau hat man es sich nicht nehmen lassen, die grausamen Bilder des Krieges in Vietnam neben dem freundlichen Händedrücken von Chinesen und Amerikanern zu veröffentlichen. Vergessen war offenbar, daß als Kossygin im Jahre 1967 US-Präsident Johnson in

Glassboro traf, noch mehr Bomben über Nordvietnam niedergingen als heute. Unterschlagen wird, daß man Nixon in Kürze in Moskau erwartet.

Vermutlich weiß der KSB/ML über den Verlauf der Gespräche nicht mehr als wir; wir verurteilen nicht, daß chinesische und amerikanische Diplomaten miteinander sprechen, aber wir verurteilen die Tatsache, daß die Massen in aller Welt über Zweck und Inhalt der Gespräche im Dunkeln gelassen werden (immerhin müssen wir annehmen, daß der Zweck über die Herausgabe eines Kommuniqués und die Beschichtigung von Kulturdenkmälern hinausging).

Die Genossen des KSB/ML mögen sich Gedanken darüber machen, ob es materialistischer Analyse entspricht, die Einschätzung der chinesischen Führung davon abhängig zu machen, ob man einen „Vertreter eines von seine Freiheit kämpfenden Landes ... äußerst freundlich begrüßt“ („sie umarmen einander, wie Freunde es eben tun. Am Straßenrand stehen Hunderttausende mit Fähnchen ...“). Ob es einer solchen Analyse nicht eher entspricht, die Bilanz der Wende in Chinas Außenpolitik zu ziehen:

### Bilanz der chinesischen Außenpolitik

— Iran (China unterstützt offen den Block der OPEC-Organisation der erdölexportierenden Länder —, die solche Länder wie Venezuela und den Iran umfaßt. Tschu En-lai empfängt die Schwester des Schahs in einem Augenblick, wo im Iran die Repression verschärft und mütige junge Maoisten gehängt werden; ihr Bruder wird als „antimperialistischer Kämpfer“ gefeiert. In der gemeinsamen Erklärung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und dem Iran kann man lesen: „Die Regierung der V.R. China unterstützt entschlossen die kaiserliche Regierung des Irans in ihrem gerechten Kampf, um die nationale Unabhängigkeit und die Souveränität des Landes zu erhalten und die nationalen Bodenschätze zu schützen.“ Zwischen der Aufnahme „normaler“ diplomatischer Beziehungen und der offenen Bürgerschaft für das ultrareaktionäre Regime in Teheran wird vielleicht auch der KSB/ML einen Unterschied feststellen können).

— Afrika (Kaiser Haile Selassie von Äthiopien wurde nach Peking eingeladen, während eine fürchterliche Repression insbesondere in Erythra wütet. Nach Äthiopien und Mauretanien hat China kürz-

lich ein neues „neutrales“ Regime in Afrika entdeckt: Im Kommuniqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kamerun wird gesagt, daß das Regime von Kamerun ein nicht blockgebundenes sei. Das wird die Partisanen Kameruns gefreut haben, die mit ansehen mußten, wie ihr Führer Ernest Ouandie durch das Regime ermordet wurde. Vermutlich hat die Peking-Führung vergessen, daß hinter dieser „Blockfreiheit“ Pompidou und Foccard (französischer Geheimdienstchef) stehen. Das jüngste Kleinod der chinesischen Diplomatie ist der Sudan, wo China es für gut befand, großzügige Waffenhilfe einige Tage nach der Ermordung der führenden Mitglieder der KP zu gewähren — es handelt sich bei den Ermordeten ja auch nur um „Revisionisten“).

— CEYLON (Es genügt, hier den Brief von Tschu En-lai an Frau Bandaranaike zu zitieren, der einen zinslosen Kredit von 150 Millionen Rupien (= 105 Millionen DM) begleitete: „... Wir freuen uns, daß dank der Anstrengungen Eurer Exzellenz und der ceylonesischen Regierung die chaotische Situation, die von einer Handvoll Leute, die sich selbst „Guevaristen“ nennen und in deren Reihen sich ausländi-

sche Spione eingeschlichen haben, von ihr nun kontrolliert wird. Wir sind der Überzeugung, daß als Resultat von Eurer „Exzellenz“ Führung und mit der Unterstützung und Hilfe des Ceylonesischen Volkes diese Akte der Rebellion, die von Reaktionen im In- und Ausland angezettelt wurden, um den Interessen des ceylonesischen Volkes zu schaden, zum Scheitern verurteilt sind. ... Im Interesse der Freundschaft zwischen China und Ceylon und angesichts der Bedürfnisse der ceylonesischen Regierung stimmt die chinesische Regierung entsprechend der Bitte der ceylonesischen Regierung zu, einen Kredit über 150 Mill. Rupien ... zu gewähren. ... Was andere Hilfe betrifft, so lassen Sie uns bitte hören, wenn etwas nötig ist.“

Wir wollen nicht auf die Fülle weiterer Beispiele eingehen, insbesondere weil eine Reihe von ihnen einer längeren Analyse bedürften (z. B. Pakistan — Indien, Jugoslawien, Rumänien). Schon die aufgeführten Beispiele, so meinen wir, machen deutlich, daß der eigentliche Grund für die Unterschiede im außenpolitischen Verhalten von Moskau und Peking nicht in den inneren Qualitäten der maoistischen Führung zu suchen sind und noch weniger im „stalinistischeren“ Charakter Maos im Vergleich zu den Führern der sowjetischen Bürokratie.

Die wesentliche Ursache für die Differenzen liegt vielmehr darin, daß der Imperialismus mit dem Krenl Beziehungen der friedlichen Koexistenz akzeptiert hatte, die er Peking noch verweigerte. Von dem Augenblick, wo der Imperialismus anfing, die Absicht zu äußern, mit Peking Beziehungen der friedlichen Koexistenz, des Handelsaustauschs, ja sogar der guten Nachbarschaft aufzunehmen, ähnlich denen, die er mit Moskau unterhält, fängt eine der „Konstanten“, die radikalere und „linkere“ Haltung der maoistischen Bürokratie, an, zu verschwinden.

Nixon sucht ein „neues Genf“; er versucht, sich für den Wahlkampf als „Friedensfürst“ zu präsentieren, als Vorkämpfer der Völker- und Friedenspolitik. Aber der Krieg in Vietnam geht weiter. Der Stand der Antikriegsbewegung in den USA und auf internationaler Ebene, das 7-Punkte-Programm der FNL, die militärische Lage in Vietnam und die Wahlsituation hatten für Nixon eine widerspruchsvolle und scheinbar ausweglose Situation geschaffen; die Trickkarte der Pekingreise kommt ihm gerade recht. Die Frage der Liberalisierung der Handelsbeziehungen ist dabei eben-



so bedeutsam wie die Frage einer Übereinkunft über Vietnam. Welche Abkommen sind konkret getroffen worden? Welche Gewißheit hat der KSB/ML anzubieten, daß sich die maoistische Führung in diesen Fragen nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus verhalten hat, da sie ihn doch im Iran, in Kamerun, im Sudan, in Ceylon, in Pakistan usw. gerade verraten hat? Es ist eine scheußliche Erfahrung, Recht zu behalten, wenn Tausende und Aber-Tausende Tote in diesen Ländern den Beweis darstellten; wir vermuten, daß es ebenso scheußlich ist, wenn Maoisten, die in den Jahren der Studentenbewegung mit in vorderster Front standen bei Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs, heute ihrer selbstgewählten Führung bei lebhaften Bekundungen der Solidarität mit eben diesem Regime zusehen müssen.

Genossen der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten-Leninisten) haben die Konsequenzen erkannt. In einem Brief (Red Mole Nr. 36 vom 7. 2. 1972) schreiben sie:

„Wir wurden betrogen, Genossen und Freunde, und wir wissen, daß wir eine deutliche Sprache sprechen. Das „proletarische Hauptquartier“ hat ganz und gar dem Opportunismus und dem Großmachtchauvinismus gefrönt, und wir, die wir bis vor kurzem feurige „Maoisten“ waren, sagen dies mit tiefster Sorge und Bestürzung. Wir fragen die maoistischen Missionare: erwartet ihr jetzt von uns, daß wir vor einfachen Leuten, deren Verwandte durch chinesische Kugeln getötet wurden, das Rote Buch zitieren? Erwartet ihr, daß wir Menschen den bewaffneten Kampf predigen, deren bewaffneter Kampf mit chinesischen Panzern konfrontiert wurde? Gentlemen, wir werden die Revolution nicht aufgeben, wie ihr behauptet, aber wir haben eine sehr bittere und grundsätzliche Lektion gelernt: eine revolutionäre Partei hat dem Volk gegenüber loyal zu sein und dem Marxismus gegenüber, und keinesfalls dieser oder jener Partei.“

Und wir werden den Ausverkauf des proletarischen Internationalismus an Leute vom Schlage Yahyas, Numeyrys, Nixons und Bandaranaikes nicht akzeptieren. Von Stalin an haben die sowjetischen Führer die Weltrevolution auf dem Altar ihrer chauvinistischen Außenpolitik geopfert. Wir können nicht erlauben, daß dies wiederum geschieht. Vielleicht wird Allah uns sagen, warum unser großer Steuermann unser Schiff auf den Felsen führte und uns dann verließ. Aber wie jemand einmal sagte: große Männer brauchen keine Gründe, sie überlassen sie den erfinderischen Köpfen ihrer Apologeten. „Eine Atrappe ist und bleibt eine Atrappe, und die Maske muß heruntergerissen werden.“ Es ist eine scheußliche Ironie, daß wir jetzt der chinesischen Führung die Maske herunterreißen müssen.“

Revolutionär-Kommunistische Jugend (RKJ)

**TECHNIKER-KRANKENKASSE**  
 ERSATZKASSE FÜR DIE TECHNISCHEN BERUFE  
 Körperschaft des öffentlichen Rechts

**AN ALLE TK-MITGLIEDER UND INTERESSIERTE:**

Ab sofort unterhält die TK in  
**Baracke 2, Zimmer 34**  
 eine Beratungsstelle. Diese Stelle ist zur Zeit  
**mittwochs von 10.00 bis 14.00 Uhr**  
 geöffnet.

Sie können auch Ihre Wünsche schriftlich äußern und den dort angebrachten Briefkasten benutzen.

Schon jetzt können Sie die Mitgliedschaft zum Beginn des nächsten Semesters beantragen. Sie erhalten auch jetzt schon die Mitgliedsbescheinigung für die Befreiung von der DSKV.

Aufgrund satzungsmäßiger Bedingungen ist es für eine Aufnahme in die TK nicht erforderlich, daß Studenten z. B. beschäftigt sind. Studenten technischer Fachrichtungen können Mitglieder werden, weil sie studieren!



Zum Niveau deutscher Parlamentarier

### Nach Ablehnen des Mißtrauensvotums

Denn wie anders als oben dargestellt sind die Verhandlungen der Führer aller bürgerlichen Parteien über die Erarbeitung einer gemeinsamen Resolution zur Außenpolitik zu verstehen;

wie sonst lassen sich die Gespräche von CDU-Spitzenpolitikern mit hohen Beamten der sowjetischen Botschaft erklären;

wie sonst läßt sich die Erklärung des CDU-Generalsekretärs Kraske einordnen, der sagte, er hoffe, die Fortsetzung der Spitzengespräche eröffne die Chance, „die Ostverträge für alle zustimmungsfähig zu machen.“ Die CDU/CSU habe sowohl mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum als auch mit ihrer Ablehnung des Kanzlerats das Ziel verfolgt, ein Scheitern der Ostverträge im Bundestag zu verhindern (Frankf. Rundschau vom 2. 5., S. 4);

wie sonst läßt sich die „begrenzte Große Koalition“ in Bonn deuten? Aber dennoch bleibt die Frage: Weshalb dann dieses Spektakel im Bundestag?

#### Spektakel im Bundestag

Nicht um den Inhalt der Ostverträge ging und geht es, sondern wie sie in der Öffentlichkeit verkauft und propagiert werden, oder, wie Schulze-Vorberg formulierte: Es komme auf die Durchführung der Verträge an und hierbei vor allem, „wer in Bonn regiert.“ (Südd. Zeitung vom 6. 5., S. 3.)

Denn während die SPD/FDP an die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes appelliert, kommt es der CDU/CSU darauf an, einen Sieg über die Russen zu erlangen, ihrem kleinstbürgerlich-reaktionären Wählerpotential vormachen zu können, „die Roten mit den Verträgen in die Knie gezwungen“ zu haben. Genau deshalb besteht die CDU/CSU bei den Verhandlungen mit der Regierung über eine gemeinsame Resolution zur Außenpolitik darauf, daß diese Resolution offiziell von der UdSSR bestätigt und akzeptiert werden müsse; der prozedurale Erfolg über die Sowjetunion ist ihr Hauptinteresse, der Inhalt der Resolution ist dabei vergleichsweise unwichtig.

Für die CDU/CSU ist ein solcher Erfolg unbedingt notwendig. Denn wenn sie wieder an die Macht kommen will, ist sie gezwungen, kleinstbürgerliche Schichten und faschistisches Potential zu mobilisieren, denn das ist ihre Massenbasis. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg haben das anschaulich gezeigt.

Aber auch hier muß festgehalten werden, daß sich auch in der Frage der Propagierung des Anti-Kommunismus grundsätzlich alle bürgerlichen Parteien einig sind, denn der Kampf gegen Kommunisten ist notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Da es nach der „Annäherung“ an den Osten nicht mehr so leicht möglich ist, den äußeren Feind heraufzubeschwören („Die Kommunisten werden alle von Moskau bezahlt!“), müssen nun die Kommunisten als innere Feinde hingestellt werden, die die Gesellschaft auf kriminelle Weise bedrohen.

Die CDU/CSU versucht es aus Rücksicht auf ihre Massenbasis mit dem traditionellen Anti-Kommu-

nismus und dem Ruf nach „Law and Order“, während die SPD, die stärker auf ihre Massenbasis, die wesentlich immer noch in der Arbeiterklasse zu sehen ist, Rücksicht nehmen muß, die Kriminalisierung und Unterdrückung der Linken mit einer Integrationspolitik zu verbinden sucht.

Prinzipiell aber sieht die SPD die Dinge wie die CDU: Maßnahmen wie Berufsverbote für Linke, der Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, die Zentralisierung der Polizeiapparate, Verschärfung der repressiven Ausländergesetzgebung, Baader-Meinhof-Hysterie usw. usf. sprechen da eine deutliche Sprache.

Auf dem Hintergrund dieser Analyse kann erst eine Stellungnahme zu den Vorgängen der letzten Wochen in Bonn abgegeben werden, die dem Anspruch sozialistischer Politik gerecht werden kann.

Auf dem Hintergrund dieser Analyse wird klar, daß es nicht wesentlich ist, für oder gegen die Verträge Stellung zu beziehen, gegen Barzel und für Brandt zu sein.

Denn die objektive Diskussion der parlamentarischen Diskussion über die Ostverträge ist die Aufwertung des bürgerlichen Parlamentarismus.

In der öffentlichen Meinung soll das Parlament als wichtigstes nationales Entscheidungsgremium angesehen werden. (Das BLD-Zitat am Anfang dieses Artikels spricht ja wohl für sich.)

In einer Situation, in der sich für viele Arbeiter die Propagierung des Klassenfriedens und die Integrierbarkeit der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaftsordnung als Illusion erwiesen hat — siehe die zunehmende Streikbereitschaft der Arbeiterklasse —, war und ist es notwendig für den bürgerlichen Staat, parlamentarische Illusionen zu erhalten bzw. zu verfestigen.

Daß dies zu einem beträchtlichen Teil gelungen ist, zeigten die 1.-Mai-Kundgebungen, die in einem Kampftag für die kapitalistische Regierung Brandt/Scheel umfunktioniert wurden.

Ein beträchtliches „Verdienst“ erwarb sich in dieser Situation die DKP, die ihren bürgerlichen Charakter und grenzenlosen Opportunismus offen zeigte: Aufgabe von Kommunisten war und ist es, die Illusionen der parlamentarischen Demokratie aufzuzeigen, die objektive Notwendigkeit der Ostverträge für das Kapital und die grundsätzliche Übereinstimmung der bürgerlichen Parteien in dieser Frage deutlich zu machen und die Arbeiterklasse auf ihre wesentlichen Kampfpunkte gegen den Kapitalismus hinzuweisen.

Die DKP aber nutzte ihre propagandistischen Einflußmöglichkeiten dazu, die von den bürgerlichen Parteien praktizierten Parlamentarismusillusionen in der Arbeiterklasse zu verfestigen und sie von ihren eigentlichen Interessen abzulenken, die da sind:

**KAMPF GEGEN ZUNEHMENDE AUSBEUTUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG AM ARBEITSPLATZ, IN DER SCHULE UND AN DEN HOCHSCHULEN!**  
SAG

Noch einmal:

# DIE OSTVERTRÄGE

Der Versuch von Barzel und Strauß, in Bonn wieder an die Macht zu kommen und die Regierung Brandt/Scheel zu stürzen, ist vorerst gescheitert. Die liberale Presse jubelt über die wieder einmal bewiesene Funktionsfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. BILD knirscht zwar ob des Ergebnisses mit den Zähnen, aber auch hier das Hohe Lied der parlamentarischen Demokratie: BILD am 28. 4.: „Ein letztes Wort: Was sich gestern in Bonn ereignet hat, war ein Lehrstück und eine wunderbare Bestätigung der parlamentarischen Demokratie. Hier stimmte nicht eine Ja-Sager-Maschine nach dem Vorbild östlicher Diktaturen ab, hier rangen Männer und Frauen mit ihrem Gewissen, von Gefühlen bewegt, von Zweifeln gepeinigt. Dies war die Stunde des Parlaments. Es war auch die Stunde, in der der dem ganzen Volk klar wurde wie nie zuvor: Die da in Bonn entscheiden, das sind unsere Vertreter, wir haben sie gewählt.“

Auch DKP und Spartakus jubeln ob der „Abfuhr“, die den schwarzbraunen Kräften erteilt worden sei, nun sei es an der Zeit und endlich möglich, die Ostverträge zu ratifizieren. Denn auch für DKP und

Spartakus steht fest, daß der Hauptangriffspunkt von Barzel und Strauß die Verträge der BRD mit der UdSSR und Polen waren, daß die „Friedens“politik der sozialliberalen Koalition gestoppt werden

sollte. Alle diese Argumentationen haben — selbstverständlich liegt uns nichts daran, DKP und BILD in einen Topf zu werfen — eines gemeinsam: Sie verschleiern die materiellen Hintergründe der Ostpolitik, sie geben Erscheinungsformen für das Wesentliche aus.

Denn stimmt es überhaupt, daß die CDU/CSU die Regierung stürzen wollte, um dadurch die Ratifizierung der Verträge zu verhindern?

Analysiert man die materiellen Gründe, weshalb die „Friedenspolitik“ in den letzten Jahren forciert wurde — und genau diese Analyse haben Materialisten zu leisten —, so wird die Antwort eindeutig: Auch die CDU/CSU ist für die Verträge (abgesehen von dem kleinen Teil wirklich faschistoider Abgeordneter wie Hupka, Czaja, Zoglmann u. a.).

Denn diese Verträge wurden geschlossen, um den westdeutschen Kapitalismus weniger krisenanfällig zu machen. Die zunehmenden Schwierigkeiten, den sich die kapi-

talistisch-imperialistische BRD gegenübersehen, sollen überwunden oder zumindest gedämpft werden, indem man den riesigen Markt Osteuropas erschließt, um Waren und Kapital dorthin zu exportieren.

Und genau hier haben die Ostverträge ihre Funktion: sie bieten ein Mittel zur Konsolidierung und Fortsetzung des noch in den Anfängen stehenden Osthandels, sie waren Voraussetzung z. B. für das Zustandekommen des sowjetisch-westdeutschen Handelsabkommens, ohne sie passiert das, was Herbert Wehner so formuliert: „Und die Handelsströme gehen um uns herum.“ (Südd. Zeitung vom 24. 4., S. 2.)

Das haben auch Barzel, Strauß und ihre Mannen genau erkannt. Sie wissen, daß sie in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein werden, auf militaristischem Weg die Erschließung der Ostmärkte zu erreichen, daher sind auch sie für den nicht offen-aggressiven Weg des Osthandels — abgesichert durch die Verträge.

Und daher läßt sich auch der konstruierte Widerspruch zwischen SPD/FDP und CDU/CSU nicht mehr halten. Schon vor der Abstimmung über das Mißtrauensvotum war klar, daß auch eine CDU-Regierung die Verträge ratifizieren würde; nicht umsonst verband die CDU/CSU den Antrag auf Abwahl Brandts nicht mit der Debatte über die Ostverträge, sondern mit der Aussprache über den Kanzlerwahlkampf; nicht umsonst erklärte Barzel schon lange vorher in Moskau, er würde ebenfalls die Verträge ratifizieren, wenn die KPdSU nur mit der CDU/CSU verhandelte.

Aber wenn diese Indizien noch nicht Beweis genug waren, dem sollten die Ereignisse nach Ablehnung des Mißtrauensvotum eigentlich die Augen öffnen:



# RELEASE



● Helga (18) fährt ohne Wissen der Eltern nach London. Schon auf dem Heath-Row Air Port wird sie von einem Taxi-Fahrer abgefangen, der sie in eine der unzähligen Abtreibungskliniken von London fährt. Am nächsten Tag steht sie wieder auf der Straße, erleichtert, wie sie meint. Erleichtert ist sie auf jeden Fall um fast 2000 Mark, den Flug noch hinzugerechnet.

Durch einen Zufall trifft sie auf einen Mitarbeiter der Release-Organisation in London. Er interessiert sich für Helgas Geschichte. Eine kleine Nachforschung, und es stellt sich heraus, daß sie einem Schwindel unterlegen war. Der Arzt, Kapitalist vom Scheitel bis zur Sohle, steckte sich das Sümmchen in die Tasche für einen sinnlosen Eingriff: Helga war nicht schwanger, sie litt nur unter der Einbildung, ein Kind zu bekommen...

● John kommt nach Hause. Er findet seine Wohnung auf den Kopf gestellt. Die Polizei hat Briefe von ihm bei seinem Freund in Manchester gefunden, der wegen „drugs“ verhaftet worden ist. Bis ins kleinste Winkelchen ist die Wohnung durchwühlt worden. Eine kleine orientalische Pfeife war die einzige Ausbeute. Das genügt, um John und vier seiner Freunde mitzunehmen. Vier konnten bald die Zelle verlassen, nur John nicht. Für ihn wollte niemand bürgen, da er arbeitslos ist. Er wurde für längere Zeit festgehalten, obwohl der Restinhalt der Pfeife noch nicht analysiert worden war...

Dies sind Fälle, bei weitem nicht so extrem, wie mancher annehmen möchte, mit denen sich „Release

London“ tagtäglich beschäftigt. Release bezeichnet sich selber als eine „Untergrundorganisation“, die größte in England übrigens. Caroline Conn und Rufus Harris gründeten sie im Jahre 67, als die „drug scenery“ sich auszubreiten begann. In England gab es unzählige Verhaftungen wegen eines verschärften Drogengesetzes.

Release hatte sich zum Ziel gesetzt, mit dem Drogenproblem fertig zu werden. Doch erkannte man bald, daß die „drug scenery“ keine Einzelercheinung war, sondern mit anderen gesellschaftlichen Problemen in engem Zusammenhang stand wie beispielsweise die Abtreibung.

Release hat sich heute in drei Kategorien aufgliedert: Zu 38 Prozent beschäftigt sich die Organisation mit Verhaftungen und zu 21 Prozent mit Abtreibungen und zu 41 Prozent mit Beratung in juristischen und medizinischen Fragen. 1970 waren es 3846 Fälle, die bearbeitet wurden, wöchentlich kamen rund 74 neue hinzu. 40 Prozent der Hilfesuchenden sind weiblich und 60 Prozent männlich.

Immer wieder ist der Vorwurf erhoben worden, Release sei eine bourgeoise Organisation. Zahlen beweisen das Gegenteil. 48 Prozent der zumeist Jugendlichen kommen aus der Arbeiterschicht.

Unterstützt wird Release von freiwilligen Spenden, die zuweilen sehr spärlich fließen, so daß man im vorigen Jahr die Pforten für einen Monat schließen mußte.

Release hat auch in Deutschland Fuß gefaßt, beschäftigt sich hierzulande nur mit dem Drogenproblem.

Was die Londoner Release-Organisation für Deutsche besonders interessant macht ist die Tatsache, daß sie in Abtreibungsfragen weiterhilft. Sie hat Verbindung zu privaten Kliniken, macht eine Vereinbarung mit den Ärzten aus und setzt den Preis fest. Eine „normale“ Abtreibung, d. h. innerhalb der ersten drei Monate kostet 80 bis 100 Pfund. (1 Pfund ca. 8,30 DM.) In Härtefällen wird ein niedriger Preis vereinbart oder die Operation umsonst vorgenommen.

41 Prozent der hilfesuchenden Mädchen und Frauen kommen aus dem Ausland, besonders aus Frankreich.

Sprachschwierigkeiten braucht keiner zu fürchten, denn einige der Mitglieder sprechen deutsch.

Release bietet eine echte Alternative zu Kurfürstern hierzulande und in England zu Ärzten, die mit der Not anderer Geschäfte machen. Ziel der Organisation ist es: Die Abtreibung risikolos und für jeden erschwinglich von Gynäkologen vornehmen zu lassen.

Adresse: London W 9 1, Elgin Avenue. Notruf, 24 Stunden, 603 8654.

Zu erreichen mit den Buslinien 28 und 31, oder mit der U-Bahn bis Westbourne Park.



## TRAMPEN Die armen und die reichen Leute

Verdammt schwierig wird es, einen Lift von der Uni zur Stadt zu kriegen. Kürzlich stand ich doch tatsächlich von 17.30 bis 18.15 Uhr am GC-Gebäude, den Daumen in die Luft gereckt.

Nicht zu fassen, aber wahr: Rund 100 Autos fuhren an mir vorbei.

Einige Fahrer deuteten immerhin an, daß sie nicht weit führen, ein Mitnehmen sich also nicht lohne. Aber das waren, wie gesagt, nur einige.

Die meisten guckten starr geradeaus, als ob sie sich schämten, dem armen Trampier in die Augen zu sehen. Allem Anschein nach hatten die meisten auch Grund dazu, betreten zu sein, denn sie fuhren völlig allein.

Wiederum andere, und die haben mich ganz schön auf die Palme gebracht, grinsten hämisch und winkten frech.

Ganz und gar nicht konnte ich die verstehen, die einen roten Punkt an der Scheibe hatten und trotzdem nicht anhielten.

Kommilitonen, so kann es nicht weitergehen! Nicht jeder hat das Geld, um sich ein Auto zu kaufen, nicht jeder kann sich eine Straßenbahnkarte leisten. Viele Trampier stehen gewiß aus diesem Grund am Straßenrand.

Man wird tagtäglich schon genug frustriert durch diese „wunderschöne“ Bochumer Uni, durchs Studium, durch engstirnige Profs. Es sollte doch damit eigentlich genug sein.

Ich glaube, so mancher würde anhalten, wenn er das Gefühl kennen würde, wie „angenehm“ es ist, längere Zeit an der Straße zu stehen und Abgase schlucken zu müssen.



Na, ob der wohl hält?



Schon wieder nix... Drecksau!

## STUDIENKREIS FILM

10. Mai  
Sergej M. Eisenstein: QUE VIVA MEXICO, 1931-32

Workshop über Eisensteins unvollendeten Film. Ein sechsteiliges Epos über Liebe und Tod, Gegenwart und Vergangenheit, Feudalismus und Revolution. Wäre wohl Eisensteins bedeutendster Film geworden; sein Scheitern gilt als „größte Tragödie in der Filmgeschichte“.

Nur 17.00 h:  
Ungeschnittenes Drehmaterial, etwa ein Zehntel des belichteten Materials, zusammengestellt von Jay Leyda. Eine einmalige Gelegenheit, Eisenstein bei der Arbeit zuzusehen. Westdeutsche Erstaufführung. Dauer: 3 1/2 Stunden - aber man kann auch erst um 18 h kommen.

Nur 20.30 h:  
UNTER MEXICOS SONNE (Time in the Sun). Verleihfassung 1939 von Eisensteins Cutterin Marie Seton. Aufschlußreich der Vergleich und die Möglichkeit, auf das ursprüngliche Konzept rückzuschließen.

17. Mai  
Fred Quimby: TOM UND JERRY - RÄUBER UND GENDARM, auch Nachtvorstellung, 22 Uhr! (steht nicht im Programm).

18. Mai  
Cinéma Phantastique IV

Nur 18.00 h:  
Rupert Julian: DAS PHANTOM DER OPER, USA 1925, Tonfassung. Berühmter Horror-Film mit Lon Chaney. In den Kellergewölben der Pariser Opéra haust ein Ungeheuer... Verliese und Kanäle... eine gestörte Operaufführung... und die verzweifelte Liebe.

Nur 20.30 h:  
Paul Leni: DER MANN, DER LACHT, USA 1928, Tonfassung; nach Victor Hugos L'homme qui rit mit Conrad Veidt. Der junge adlige Erbe wird in einer Kaspar-Hauser-Existenz gehalten, in die Eiserne Jungfrau gesperrt, aber es naht der Tag der Rache.

## Solidarischer Kampf für José Cumplido

Unser Kampf zusammen mit den ausländischen Arbeitern des Opel-Ausländerheims für José Cumplido geht weiter.

Genossen, wenn Ihr in den Untergrund gehen wollt, Euch die Bullen nicht erwischen sollen, geht zu den Binnenschiffen, dort seid Ihr sicher.

Was mich zu diesem Tip inspirierte, waren die zynischen Erklärungen des Polizeibeamten Waschkwitz vom Schutzbereich Ost bei der Solidaritätsdemonstration für den spanischen Genossen José Cumplido im Opel-Ausländerheim am 29. 4.

Was war der Anlaß für diese Solidaritätskundgebung, zu der der AstA aufgerufen hatte, an der Genossinnen und Genossen der Betriebsgruppen des KSB/ML, der SAG, SHB/SE, von 883, der Projektgruppe Gastarbeiter, des KSV und andere teilnahmen?

José Cumplido hatte am 25. 4. mit anderen spanischen Kollegen gegen die unhaltbaren Zustände im Opel-Ausländerheim protestiert (vier Personen in 12 qm „großen“ Zimmern).

Vom Heimwart als „Rädelsführer“ verpöflicht, wurde er verhaftet; seitdem ist er verschwunden. Um zu verhindern, daß er nach Franco-Spanien abgeschoben wurde, wo 10 bis 15 Jahre Zuchthaus auf Beteiligung an Demonstrationen stehen, riefen die oben angeführten Gruppen zur Demonstration auf. Da wesentlich nicht allen Demonstrationen nachgekommen worden war, mußte die Demonstration auf dem Gelände des Ausländerheims formell aufgelöst werden.

José Cumplido wurde polizeilich dem Ausländeramt vorgeführt, ist aber seitdem verschwunden. Seinen Paß mit einer verlängerten Aufenthaltsgenehmigung könne er sich jederzeit abholen. Man wisse aber nicht, wo er sich momentan aufhalte. Waschkwitz forderte uns freundlich auf, der Polizei bei der Suche nach ihm behilflich zu sein. Da er ein Zertifikat als Binnenschiffer habe, werde er wahrscheinlich dieser Betätigung nachgehen.

Wenn uns Waschkwitz damit verarschen will, kann er uns leid tun; denn es ist allgemein bekannt, daß gerade das Binnenschiffahrtspersonal regelmäßig polizeilich

kontrolliert wird. Wahrscheinlich hat Waschkwitz aufgrund einer polizeilich erfolgten Freud'schen Fehlleistung das Binnenschiffahrt-zertifikat mit einem Franco-Zwangsfreilieg des Ausländeramtes verwechselt.

Angenommen, der Genosse Cumplido würde mittlerweile schon woanders arbeiten, so hätte er mindestens seine einlagernden Sachen beim Ausländerheim abgeholt. Was das Ausländeramt betrifft, zuständige Referenten ließen sich - wie vorauszu sehen war - an diesem Tag nicht erreichen.

Was den KSV betrifft, so zeigte er sich wieder einmal von seiner sektiererischen Seite, ließ erklären, Cumplido sei zu Recht des Wohnheims verwiesen, und die KSV-Genossen verließen vorzeitig die Kundgebung, die im Saal des Ausländerheims stattfand.

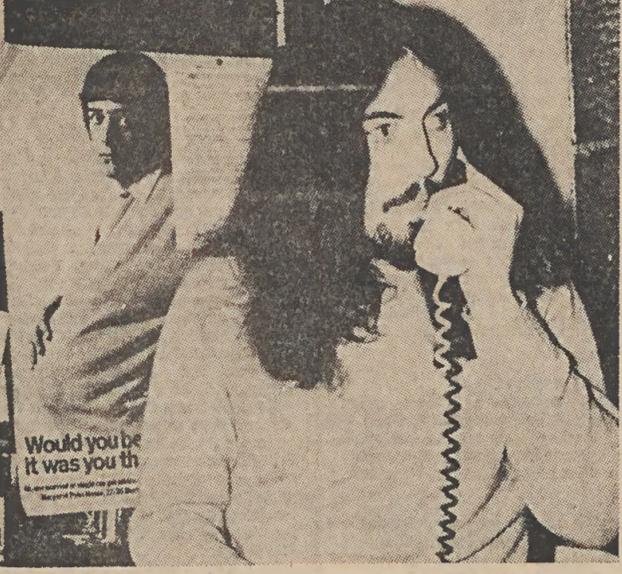
Zu würdigen sei hier noch die Entschlossenheit der spanischen Genossen, die trotz der für sie schwierigen Situation in der BRD solidarisch für Cumplido eintraten.

Das letzte Wort, Herr Waschkwitz, ist in dieser Angelegenheit von uns, den ausländischen und deutschen Genossen Cumplidos, noch nicht gesprochen.

Der Kampf für José Cumplido hat erst begonnen.

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER: EINE KLASSE - HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT.

Studentische Literatur  
**KUNST & BÜCHER SCHEUNE**  
Bochum, Lennerhofstraße 156 hinter der alten Mensa



**ESG Bochum**  
**Hinweise zum Programm in diesem Semester**  
Pädagogische Projekte, Sozialisationstheorie und -praxis  
Kinderladenarbeit  
Fürsorgeerziehung  
Methoden der Gemeinwesenarbeit  
Kontakt: montags, 15 Uhr  
Theologischer Arbeitskreis:  
Neuere Ansätze einer Kirchentheorie  
montags, 20 Uhr  
Internationalismus / Dritte Welt  
donnerstags, 10 Uhr  
Semesterschlußgottesdienst: Sonntag, 2. 7. 1972  
Ort: Baracke 8, hinter dem Rubpub, Lennerhofstraße 66  
Telefon 70 14 65  
Informationen täglich zwischen 10 und 14 Uhr  
Räume für Entspannung, Studienarbeit, Gruppenarbeit

Ihre Kommilitonen können es bestätigen...  
**Reparaturen an allen Autos**  
gut schnell preiswert  
  
C. M. Schötteldreier  
4630 BOCHUM  
Herner Straße 107  
Telefon 1 43 36  
Service, Verkauf  
Ersatzteillager  
Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN  
  
Kleinstlinsen  
angenehm zu tragen  
unsichtbar - unzerbrechlich  
BRILLEN **Hagemann**  
SÜDRING 20

**RATSCHLAG FÜR KINOGÄNGER**  
von Busby  
**annehmbar - STUDIO**  
Alan J. Pakula: KLUTE, 1970, mit Jane Fonda (1. Oscar) und Donald Sutherland (aus M.A.S.H.). Eigentlich ein Reißerstoff wie bei Hitchcock Pathologie begeht Sexualmorde. Er wird aber ganz von außen aufge- rollt, sehr langsam, (im ersten Drittel fast zäh) und in ruhigen Arrange- ments, die sich so gleichgültig geben, daß man hinter ihnen beinahe das Kalkül, nach dem sie gebaut sind, übersieht. Erst allmählich wird man mit den - ausgezeichneten - Darstellern warm wie diese mitein- ander, bekommt die Story Kontur und Spannung. Kein Spektakel, keine im Schrei entsetzt aufgerissenen Mäuler verpatzen die wachsende Intensität dieser fremdartigen und doch rührenden Nuten- und Detek- tiv-Geschichte, die Einblicke freilegt in den unmenschlichen und lebensfeindlichen Kosmos New York.  
**abzulehnen - STUDIO (nach „Klute“)**  
Arthur Penn: WER GEWALT SÄT (Straw Dogs). Junger Intellektueller (Dustin Hoffman) wird von „rückständiger“ Dorfgemeinschaft aus- geschlossen, terrorisiert, die Frau wird vergewaltigt. Endlich, bei der letzten Schlacht, aktiviert er Gelehrtenwitz gegen den „Mob“ und brennt und senkt nun seinerseits. Die Bedingungen von Feindschaft und Aggression stehen unreflektiert als Vorgebene fest; den Be- schauer überkommt die endlich anlaufende Gegenaktion wie eine Erlösung, er verläßt das Kino mit der Aufforderung: gehe hin und tue desgleichen. Faschismus-Welle.  
**sehenswert - STUDIO - nur 18. 5.**  
Ella Kazan: JENSEITS VON EDEN (East of Eden, nach John Stein- beck), Melodram, 1955, mit James Dean. Fackelzeichen der ersten, freilich durch Kommerz und mangelndes Bewußtsein fehdeterminierten Bewegung von Jugendlichen gegen Elternhaus und andere angemaßte Autorität. Selbst die abwiegelnde Grundhaltung dieser Filme wird schon durch eine einzige der saloppen, Freiheit zugleich fordernden und verwirklichenden Gesten Jimmy Dean's denunziert. - Einiges erscheint heute outdated, dafür hat kein Lehrlingsfilm einen solchen Schauspieler, der allein durch sein Auftreten die Vision von Befreiung nicht nur gegen die kommerzielle Dramaturgie, sondern auch gegen die schlechte antikommerzielle durchsetzt.  
**Premiere - INTIMES - ab 19. 5.**  
Roman Polanski: MACBETH. Allem Vernehmen nach groß, teuer und blutig.  
**kolossal - ATLANTIS - 19. 5.**  
Michael Curtiz: SINUE, DER ÄGYPTER, 1954, mit Victor Mature, Jean Simmons. Hollywood-Spektakel über die theologische Frage: Mono- oder Polytheismus. Vic Mature ist eigentlich immer gut.  
**STUDIO - nur 25. 5.**  
In Originalfassung: Polanski's THE FEARLESS VAMPIRE KILLERS.

# Taktik der Hochschullehrer in der Satzungskommission

In der Arbeit der Satzungskommission beginnt sich eine Entwicklung anzubahnen, die manchem Mitglied aktuell die Frage stellt, ob eine Weiterarbeit überhaupt auch nur den geringsten Sinn hat.

## Funktion der Satzungskommission

Laut Auftrag des Hochschulgesetzes NRW hat jede Hochschule die Aufgabe, eine Satzung zu erarbeiten. Eine solche Satzung beinhaltet Vorschriften über Strukturen der Universität, beispielsweise Organisation der Selbstverwaltung, Haushaltswesen, Aufgabenstellung der Universität, Regelung von Zuständigkeiten, Paritäten usw. usf.

Die Erarbeitung einer solchen Satzung ist Aufgabe der sogenannten Satzungskommission (SKS), die mit 3 Hochschullehrern, 3 Assistenten, 3 Studenten und 1 nichtwissenschaftlichem Mitarbeiter besetzt ist, kurz: im Verhältnis 3:3:3:1.

Die SKS legt eine ausgearbeitete Hochschulsatzung dem sogenannten Satzungskonvent (SKV) vor, der an der RUB vom 6. - 8. 6. gewählt wird (die Wahlfurche hängen schon aus). Lt. Bochumer Wahlordnung umfaßt der Satzungskonvent 60 Mitglieder im Verhältnis 4:2:3:1, also 24 Profs, 12 Assistenten, 18 Studenten und 6 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

Der SKV beschließt mit 2/3-Mehrheit die neue Hochschulsatzung, in die bestimmte Regelungen des Hochschulgesetzes NRW (HSGNRW) eingearbeitet sein müssen, beispielsweise prinzipielle Nichtöffentlichkeit von „Kollegialorganen auf der Zentralebene“ (also Konvent - entspricht dem jetzigen Uniparlament - und Senat), Wahlquoren (Repräsentation in den Gremien wird von der Wahlbeteiligung abhängig gemacht) etc. Anschließend muß die Satzung vom Minister in Düsseldorf genehmigt werden.

Bleibt zur Information nur noch zu sagen, daß im günstigsten Falle 4 Professoren einer einigermaßen progressiven Satzung zustimmen müssen, vorausgesetzt, die anderen 3 Mitgliedsgruppen stimmen geschlossen dafür. Was mit der Satzung beim Ministerium geschieht, dürfte angesichts der NRW-Planungstendenzen zu erraten sein.

## Vorgehen und Vorstellung der assistentischen und studentischen Fraktion

Doch zu den aktuellen Ereignissen: Innerhalb der Satzungskommission stellte sich die Arbeit zunächst so dar: Der Aktionsrat, Relikt aus den Zeiten des Staatskommissars, erarbeitete Sitzung für Sitzung eine Vorlage für die Fraktion der Assistenten und Studenten in der Satzungskommission. Nach Abstimmung in den Fraktionen wurde in der Regel der Satzungskommission ein Paper zur Diskussion vorgelegt. Alle vorgelegten Papers gingen davon aus, daß in einer neuen Satzung der (in der jetzt gültigen Uni-Verfassung verbal erwähnte)

Grundsatz der Transparenz der Entscheidungsfindung und der Gleichberechtigung aller in der Uni vertretenen Mitgliedergruppen einen organisatorischen Niederschlag finden müsse.

Dieses Konzept bedeutet nicht - zumindest für die Sozialisten in der SKS - einen Schritt zur „Demokratisierung der Universität, sondern die institutionelle Absicherung der Bedingungen politischer, gesellschaftlich - emanzipatorischer Arbeit an der Universität, eine Absicherung gegen Ordinarienwillkür und Zentralplanifikation.

## Verzögerungstaktik der Professoren

Diese Papers - gewiß zum Teil diskussionsbedürftig - waren, zumindest zuzeiten der Mitgliedschaft des Professors Anweiler, Gegenstand totaler Problematisierung, vieler spitzfindiger Gedanken für und wider, die schließlich in dem Vorschlag einzumünden pflegten, Scharen von Gutachten und Gutachtern hinzuzuziehen. Gutachten sind ja nun an sich nichts Schlechtes. Aber: die Satzungskommission arbeitet unter der Androhung eines Satzungsoktrois, d. h. wegen Überschreitung der im HSGNRW für die Erarbeitung der HS-Satzungen gesetzten Frist kann der Wissenschaftsminister von NRW jederzeit eine Satzung per Erlaß verordnen.

Herr Anweiler hat also - so scheint es zumindest - nicht auf Grundlage der UP-Beschlüsse, „auf jeden Fall ein Oktroi zu verhindern“, gearbeitet. Die These von der Verzögerungstaktik der Dozentenschaft (Sympathisantenorganisation des BFDW an der RUB, in der 70 Prozent der HS-Lehrer organisiert sind), die die HS-Lehrer der SKS steuern, erhärtet sich nach der Anweiler-Epoche.

Zunächst gab es nämlich ein kurzes Zwischenspiel mit Prof. Hinrichsen, der - wenn auch recht kontrovers - so etwas wie konstruktive SKS-Arbeit leistete. Nach relativ kurzer Zeit jedoch resignierte Hinrichsen, und zwar lt. Brief an den SKS-Vorsitzenden Müller u. a. auch aufgrund des nicht möglichen Konsensus unter den HS-Lehrern.

Nach dem Interregnum Hinrichsen gibt es nun, um im Bild zu bleiben, eine Anarchie: Die Hochschullehrer verzichteten über mehrere Sitzungen auf ihren dritten Vertreter; Dachs und Sandrock sahen und sehen offenbar ihre Aufgabe primär darin, die Beschlüsse der SKS-Mehrheit der Assistenten, nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten mit Sondervoten zu spikken, die teilweise nicht begründet werden konnten, es sei denn - endlich in dankenswerter Offenheit - mit „berechtigten HS-Interessen“.

## Der Satzungsentwurf der HS-Lehrer

In der 11. o. Sitzung nun lief die Diskussion etwa so ab (es ging um die Paritäten in den Fachbereichsversammlungen):

Vorschlag Dachs: 3:3:3:1 (wozu man erwähnen muß, daß Dachs standesbewußt die Assistenten zählt und darüberhinaus verlangt, daß 50 Prozent der Studentenvertreter Graduierte und Doktoranden sein müssen.)

- Diskussion -  
Vorschlag Personal: 1:1:1:1  
- Diskussion -  
„Kompromiß“vorschlag Dachs: 4:2:2:1

- Diskussion -  
„Kompromiß“vorschlag Sandrock: 4:2:2:2

Schließlich rückte Sandrock damit heraus, daß die Dozentenschaft (sog. „Nat.Wiss.-Gruppe“ um Pfeleiderer) einen eigenen Satzungsentwurf hätte, den sie auf jeden Fall vorlegen werde. Daraufhin stellte sich den übrigen SKS-Mitgliedern die Frage, ob die ganze bisherige Arbeit, die durch ein Ringen um Kompromisse mit den HS-Lehrern gekennzeichnet war, für die Katz war. Bis zum Ende der Sitzung konnte nicht eindeutig geklärt werden, unter welchen Bedingungen die SKS arbeitet.

## Strategische Prof-o-kation

Die Strategie der HS-Lehrer (sprich „der Dozentenschaft“) scheint folgendermaßen zu laufen: 1. Verzögerung der Satzungsdebatte in der SKS, um einen - ihnen genehmen - Oktroi aus Düsseldorf zu forcieren (die Satzungen sollen in Düsseldorf schon in der Schublade bereitliegen); 2. Weiterführung der Satzungsdebatte im Satzungskonvent durch Einbringung neuer Vorschläge dort und damit weitere Verzögerung; 3. Die Vorstellungen der Assistenten und Studenten sollen durch die Mitarbeit der HS-Lehrer verwässert, also zu einem Kompromißentwurf entschärft und dann als Satzungsentwurf der SKS dem SKV vorgelegt werden. Dort wird er den „linken“ Gegen-Pol zu einem „rechten“, im SKV vorgelegten HS-Lehrer-Entwurf bilden; aus diesen Entwürfen soll wiederum ein Kompromiß entstehen. In Verbindung mit der Verzögerungstaktik kann die Dozentenschaft dabei nur gewinnen.

Die HS-Lehrer sollten sich darauf einstellen, daß die anderen Fraktionen in der SKS angesichts einer solchen Taktik einen schärferen, weniger kompromißbereiten Kurs werden steuern müssen.

Wenn die Dozentenschaft die große Konfrontation erst im SKV einleiten will, sollte sie die Arbeitskraft ihrer Protagonisten nicht unnützlich in der SKS verschleifen.



# Kongreß gegen politische Unterdrückung in Berlin

Die Hexenjagd auf Linke in Betrieben, Schulen und Hochschulen ist mit Hochtouren angefallen. Der Einspruch gegen die Berufung Mandel, seine Abschiebung, das Vorgehen gegen Lefèvre in Berlin etc., all diese, wenn überhaupt bekanntgewordenen Fälle, sind nur die Spitze eines Eisberges. Inzwischen müssen nach den Vorstellungen der Innenminister sämtliche auch nicht beamtete Angehörige des öffentlichen Dienstes, analog zum Beamteneid, eine Loyalitätserklärung zum bestehenden Staat, also zu bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnissen abgeben.

# Verbotene Begriffe

Der neu gewählte Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Günther Sohl, beklagte auf seiner ersten Pressekonferenz, daß „die Unternehmer in bedenklichem Maße von der Substanz leben“.

Sohl betonte die „parteilpolitische Neutralität“ des BDI. Diese Idee jedoch genau dort, wo der Begriff vom „Ertrag“ oder „Gewinn“ mit dem „Schlagwort“ Profit belegt wird. Der Kampf gegen die wachsenden antikapitalistischen Kräfte soll damit nicht nur mit Berufs-, sondern auch mit Wortverboten geführt werden.



# Verständnisförderung

Die Bundesregierung hat die Absicht Baden-Württembergs begrüßt, künftig Unterricht über Landesverteidigung an den Schulen zu erteilen. Die gleiche Absicht soll in dem geplanten „Zivilverteidigungsweißbuch“ der Bundesregierung bundesweit einheitlich ausgesprochen werden.

Demonstranten aufgrund einseitiger Informationen das eigentliche Ziel des Erlasses verkennen würden. Bundeskanzler Willy Brandt sei bei seiner Anregung an die Ministerpräsidenten, Probleme der Landesverteidigung im Sozialkundeunterricht zu behandeln, davon ausgegangen, daß bei der jungen Generation Verständnis für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik geweckt werden müsse.

In einer in Bonn veröffentlichten Erklärung zu den Demonstrationen gegen den Erlaß des Kultusministeriums in Baden-Württemberg betonte die Bundesregierung, daß die

# Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft

KuG 5 ZUR IDEOLOGIE DER MUSIKALISCHEN AVANTGARDE · MUSIK THEORIE: BRUTSTÄTTE REAKTIONÄRER MUSIKANTEN Konrad Boehmer: Zum Problem der Fortschrittlichkeit des musikalischen Materials / Hanns Eisler: Die Erbauer einer neuen Musikkultur / Ad-hoc-Gruppe Darmstadt 69: Gegen die reaktionäre Handwerkerlei der Theorielehrer - 13 Thesen / H. G. Bauer: Zum Beispiel: Theorieunterricht an der Musikhochschule Stuttgart / Konrad Boehmer: Es geht auch anders - Neue Unterrichtsformen an der Musikhochschule Den Haag / Eisler-Bibliographie.

KuG 6 POPMUSIK - PROFITE FÜR DAS KAPITAL Popmusik zwischen Plattenkonzernen, Massenmedien und Management (Analysen und Materialien von W. Hamm, W. Kolneder und S. Paul) - Die kapitalistische Produktionsweise / Popmusik als Ware / Popmusik und Massenmedien / Der Discjockey / Popzeitschriften: Zentralorgane der Plattenindustrie? / Analyse des Popmanagements / Popmusik, Protest und Politik.

KuG 7 KULTURPOLITIK · POLITISCHER FILM · MEDIENTHEORIE Klaus Kuhnke: Der Revisionismus als Hort bürgerlicher Kulturideologie (Zur Kritik der DKP-Kulturpolitik) / Politische Filmgruppen in Frankreich nach dem Mai 68: Medvedkin - Dynadia - S.L.O.N. - Die revolutionären proletarischen Filmemacher - Dziga Vertov / Klaus Kreimeier: Grundsätzliche Überlegungen zu einer materialistischen Theorie der Massenmedien.

KuG 8/9 PROLETARISCHE KULTURREVOLUTION IN CHINA Konrad Boehmer: Zur Proletarischen Kulturrevolution in China / Joachim Schickel: Die Permanenz der Kritik - Die Permanenz der Revolution (Maotsetungsideen, theoretischer und praktischer Teil) - Hartmut Lück: „Die Bühne leuchtet feuerrot“ - Pekingoper und Kulturrevolution - Mao Tse-tung: Aussprache in Yanan über Literatur und Kunst (Auszüge) / Hartmut Lück: Echo aus der Zukunft. Ein sowjetischer Science-fiction-Autor über die Volksrepublik China / Ausführliche Bibliographie.

KuG 10 (Febr. 72) GEORG WEERTH · SOZIALISTISCHE KULTURPOLITIK? Klaus Kuhnke: Georg Weerth - Der erste Dichter des Deutschen Proletariats / Georg Weerth: Brief an den Bruder Wilhelm / Sozialistische Kulturpolitik? Diskussion der Kulturpolitik der DKP / Beiträge von der Arbeitsgruppe „Kulturpolitik“ der Redaktion, von Klaus Kuhnke, Kaspar Maase, Theo Liebrner, Konrad Boehmer / Rezension der Langspielplatte von „Ton, Steine, Scherben“: „Warum geht es mir so dreckig?“

KUNST UND GESELLSCHAFT erscheint in der Regel 6mal im Jahr. Der Preis des Einzelheftes beträgt (ab Heft 10) DM 3,-, das Abonnement für 6 Hefte (ab Heft 10) DM 15,-. Abonnementbestellungen bitte an die Redaktion richten. KUNST UND GESELLSCHAFT ist in allen fortschrittlichen Buchhandlungen erhältlich. KUNST UND GESELLSCHAFT, 74 Tübingen, Ammergasse 24 Telefon 6 19 69

Sämtliche Einstellungsverfahren laufen über das Bundesinnenministerium. Dementsprechend wird auch der Personalstand des Verfassungsschutzes verdoppelt.

Ausgehend davon, daß die sozialistische Bewegung in Westdeutschland und West-Berlin eine Antwort auf die zunehmenden Aggressionen des bürgerlichen Klassenstaates geben muß, schied dem Kongreß über politische Unterdrückung in West-Berlin am 24. - 26. 4. 1972 eine zentrale Bedeutung zur Erarbeitung von Strategien zuzukommen.

Die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der linken Gruppen - zumindest an diesem Punkt - spiegelt sich in der Zusammensetzung des Kongreßkomitees wider (MLHs, GIM, Sozialistisches Zentrum Berlin).

Wenn man auch nicht erwarten konnte, daß es den an der Vorbereitung arbeitenden Gruppen gelingen würde, konkrete Schritte für den Kampf gegen die politische Unterdrückung anzugeben, so war es doch bedauerlich, daß die Funktion, die Aufgabenstellung und letztlich auch die Beschränktheit eines solchen Kongresses vorher nicht ausdiskutiert wurde und daß eine solche notwendige Diskussion keinen Niederschlag im Ablauf des Kongresses gefunden hat.

So wurde zwar von den Referenten Agnoli, Brückner, Seiffert, Altwater, Walraff, Brentano u. a. die Situation im Ausbildungswesen, im Betrieb, in der Presse dargestellt, wurden mehr oder weniger richtig die objektiven Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten dieser Entwicklung abgeleitet, jedoch wurde es nicht geleistet, konkrete Maßnahmen anzugeben oder wenigstens Etappen zur Erarbeitung einheitlicher politischer Unterdrückung in Betrieb, Schule und Hochschule.

Das völlige Scheitern der Diskussion zur Strategiebildung liegt auch nicht allein am Auftreten des KSV, der mit 5 bis 6 Redebeiträgen hintereinander halt nur seine Agententheorie zum besten gab („Ihr seid ja alle bezahlt vom Senat und von Kreibich!“) und mit der mannigfachen „Verabschiedung“ seiner zentralen Parole „Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes“ und dem verbalen Bündnis mit der Arbeiterklasse den Kampf führen wollte.

Vom Kongreßkomitee wurde es versäumt, vorher mit den relevanten Gruppen auch in Westdeutschland über die Funktion dieses Kongresses zu diskutieren.

Es hätte Klarheit darüber bestehen müssen, daß auf dem Kongreß nur Angaben gemacht werden können, an welchen inhaltlichen Punkten gemeinsam gearbeitet werden kann und welche organisatorischen Schritte zu dieser gemeinsamen inhaltlichen und später darüber hinaus konkret politischen Arbeit einzuleiten sind.

## Weiche Punkte müßten geklärt werden?

Wir müssen uns zuerst Klarheit darüber verschaffen, daß die Maßnahmen der politischen Unterdrückung nicht beschränkt sind auf den Ausbildungssektor, sondern daß die Hauptstoßrichtung in den Produktionsbereich weist, gegen die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. Lohnraubpolitik, zunehmender Bullenterror, Friedenspflicht im BVG und Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee sprechen da eine deutliche Sprache.

Deshalb kann die Frage nach den Maßnahmen gegen die Unterdrückung nicht allein durch Suchen nach Schutzmaßnahmen im eigenen Bereich der Schule und Hochschule gelöst werden, sondern nur offensiv im Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf für die sozialistische Revolution.

D. h. für uns nicht, daß wir keine Bündnispolitik mit fortschrittlichen Studenten, Assistenten und Dozenten betreiben, daß wir nicht fortschrittliche Kräfte an den Widersprüchen zwischen Ansprüchen und Handlungsweise der Bourgeoisie mobilisieren werden.

Wir dürfen jedoch nicht diese moralische Entrüstung über Verfassungsanspruch einerseits und Verfassungswirklichkeit andererseits als solche belassen und für einen abstrakten Demokratiebegriff kämpfen, wie es die DKP macht. Wir müssen erkämpfte Positionen, die Stützpunkte sind für unseren weiteren Kampf, mit allen Kräften verteidigen, dürfen jedoch nicht die Illusionen der Demokratie losgelöst von den Produktionsverhältnissen weiter nähren.

Daniel, 5-Monate, sucht aus praktischen und emanzipatorischen Gründen Altersgenossen zur Gestaltung seiner ersten Lebensjahre. Kannenberg 46 Dortmund Rheinische Straße 231a



Satzungskommission hin, Satzungskommission her, es gibt auch noch andere Dinge im Leben.

# Gruppenarbeit im sozialen Bereich

Die Arbeit im sozialen Bereich wird im allgemeinen von sozialistischen Gruppen je nach ihrer ideologischen Linie entweder als nicht relevant für den Klassenkampf radikal abgelehnt oder als Freizeithobby betrieben. Viele Zirkel ziehen sich auf theoretische sozialistische Arbeit zurück, widmen sich aber, um dem Vorwurf der Praxisfeindlichkeit auszuweichen, an irgendeiner entlegenen Stelle des Sozialbereichs einem kleinen Legitimationsprojekt.

Da das aber ebensowenig genügt, wie sozialistische Berufspraxis an irgendeinem fortschrittlichen Institut an der Universität zu haben, oder als Soziologe oder Sozialarbeiter in einer autoritären Verwaltung zu sitzen und abends „etwas linke Praxis“ zu betreiben, ist es wichtig, daß Sozialarbeiter und andere lernen können, innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft zu überleben, um etwas Neues aufzubauen. Dabei ist der Lernprozeß für die arbeitenden Genossen erst dann gegeben, wenn sie die mühevollen Praxis einer längerfristigen Arbeit im Sozialbereich auf sich nehmen, sich methodische Werkzeuge aneignen

und erkennen, daß der Ansatzpunkt der Arbeit ausschließlich die jetzt bestehende Praxis und das hier und heute bestehende Bewußtsein der Arbeiterklasse ist.

Unsere Gruppe versucht im Raum Essen/Bochum etwas in dieser Hinsicht zu tun. Dabei haben wir immer zwei praktische Ziele im Auge: Zum einen, das jeweilige Projekt nach solchen Methoden zu bearbeiten, daß die Arbeit übertragbar wird, d. h. daß andere nach der gleichen Vorgehensweise woanders ähnliche Projekte aufbauen können. (1). Zum anderen, daß wir bereits jetzt für Juristen, Mediziner, Sozialarbeiter, Architekten usw. al-

ternative Berufspraxis bieten müssen, in der sie angeleitet werden, an der Basis etwas zu lernen über das Bewußtsein der Betroffenen und deren Handlungsmöglichkeiten. Und zwar außerhalb ihres Fachbereiches.

Die Gruppe in Essen/Bochum hat keine feste organisatorische Struktur, sondern besteht aus einzelnen - sich personell oft überschneidenden - Projektgruppen, die kooperieren und Erfahrungen austauschen sowie gemeinsame theoretische Diskussionen führen.

Es werden folgende Projekte betrieben: In Essen und Bochum je Fortsetzung auf Seite 8

# Militärdiktatur und NATO-Partner: Die Türkei

Durch den größten organisierten politischen Mord in der Geschichte der Türkei demonstrierten die Machthaber eine unverhüllte Gewaltherrschaft. Dennoch ließen die Gewaltherrscher nichts unversucht, das Blutbad zu legitimieren. Durch neue Maßnahmen soll das vom Militär an die Macht lancierte Regime befestigt werden.

Nachdem die beiden Häuser des türkischen Parlaments und der türkische Staatspräsident die Todesurteile für Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan bestätigten, blieb als letzte Chance eine Verfassungsklage. Diese kann von einer Partei ausgehen, die im türkischen Parlament über eine Fraktion verfügt. Die gemäßigt linksliberale „Republikanische Volkspartei“ İnanus entschloß sich zu diesem Schritt, weil sie den Verlauf des Prozesses sowohl vor dem militärischen Sondergericht als auch im Parlament zu Recht für verfassungswidrig erklärte.

Die konservativen und reaktionären Parteien, die geschlossen die Regierung unterstützen, versuchten alles, um die Vollstreckung der Todesurteile, ohne es erst zu einer Verfassungsklage kommen zu lassen, schnellstens vorzunehmen. Da es im türkischen Recht keinen Hinweis darüber gibt, daß die Regierung auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes warten müsse, ersuchte İnan den Ministerpräsidenten Erim, dies zu tun, da nach der Vollstreckung der Todesurteile eine Verfassungsklage keinen Sinn mehr habe. Die Regierung Erim traf jedoch keinerlei Anstalten, sich entsprechend den internationalen Rechtsnormen zu verhalten, vielmehr traf sie sämtliche Vorbereitungen zur Vollstreckung der Todesurteile.

Daß die Genossen von Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan gerade unter diesen Umständen der Vollstreckung nicht tatenlos zusehen würden, wußte die türkische Regierung; sie provozierte bewußt eine Aktion, die zu der Entführung der drei Techniker und dem politischen Mord an 12 Menschen führte.

Die Entführer der drei Radartechniker wollten nicht um jeden Preis ihre Genossen befreien, wie es von der Regierung verbreitet wird, sondern sie wollten in erster Linie deren Hinrichtung verhindern. Hätten die türkischen Herrscher das geringste Interesse gehabt, das voraussehbare Blutbad zu verhindern, hätte es genügt, den Entführern freie Ausreise ins Ausland zu garantieren und zu versprechen, daß ohne die Entscheidung des Verfassungsgerichtes eine Hinrichtung nicht in Frage käme.

Die starre Haltung der Regierung verhärtete sich noch, als bekannt wurde, daß die Führer der türkischen Untergrundbewegung Mahir Cayan, Cihan Alptekin und Ömer Ayna diese Aktion durchführten, an deren Vernichtung bzw. Verhaftung der türkischen Regierung viel mehr gelegen war als am Leben der drei Techniker.

Die konservative Heath-Regierung hatte den Herrschern der Türkei Rückendeckung mit den klaren Worten gewährt: „den Entführern sollen keine Konzessionen gemacht werden.“

Die ominöse Formel „auf der Flucht“ oder „beim Gefecht erschossen“, hatte es in den letzten Monaten der türkischen Regierung ermöglicht, „mit den Entführern kurzen Prozeß zu machen“ (so Rudolph Chimelli). Es genügte, den der Regierung unterstellten Publikationsorganen bekanntzugeben: Soundso viel Anarchisten sind getötet worden, als sie sich zur Wehr setzten. Wer die Darstellung der türkischen Regierung über das Blutbad verfolgt hat, dem könnte schon aus ihren völlig widersprüchlichen Erklärungen klar werden, daß die Wahrheit verheimlicht wird.

Weshalb wurde den Pressevertretern ein Tag vor dem Blutbad die Einreise in das Dorf Kizildere, wo die Ereignisse stattfanden, verweigert? Weshalb hat man eine sofortige Nachrichtensperre verhängt? Weshalb gibt es keinen Film, keine klaren Bilder über die Ereignisse? Weshalb sind alle Entführer getötet worden, abgesehen von einem von ihnen, der sich im Keller des Hauses versteckt hielt?

Diese und viele andere Fragen machen das gezielte Vorgehen der Regierung sehr deutlich.

### Follermethoden

Die Methoden der türkischen Regierung, die Geiseln durch Gegengeiseln von Angehörigen der Entführer freizuzwingen, nennen die „Salzburger Nachrichten“ „unzweideutige Drohung mit Mord, schamlose Mißachtung der Menschenrechte und ein durch nichts entschuldigbares Verbrechen... Ein Staat, der seine eigenen Rechtsnormen unter dem Vorwand bricht, damit Recht sichern zu wollen, wählt den Weg in nackte Barbarei.“

Mit Zusicherung Nixons („Die Türkei ist eine brennende Wand, für die Sicherung dieser Wand sind wir bereit, alles zu tun“) proklamierte Erim nach seinem USA-Besuch die Zukunftspläne seiner Regierung: Die Verfassungsänderungen, die in 35 Artikeln die Verfassung von 1961 grundlegend verändern, würden für die Sicherung des Systems nicht ausreichen. Noch radikalere Verfassungsänderungen seien nötig, nämlich:

1. Gründung von Staatssicherungsgerichten.
2. schärfere Kontrolle aller Publikationsorgane,



Slums in Istanbul

3. unmittelbare Reglementierung der Hochschulen durch das Kultusministerium,
4. Einschränkung der Befugnisse des Verwaltungsgerichtes,
5. Änderungen im Kriegsrecht etc.

Die Verfolgung aller oppositionellen Kräfte scheint das Hauptziel der neuen Maßnahmen zu sein. Die laufenden Massenprozesse und die von den Staatsanwälten der militärischen Sondergerichte beantragten 120 Todesstrafen sind anscheinend für die Gewaltherrscher nicht ausreichend. Es wurden neue Verhaftungen unternommen, darunter bekannte Hochschullehrer.

Der Bruder Ömer Aynas, einer der bekanntesten der erschossenen Entführer, ist drei Tage danach von „unbekannten Tätern“ in seiner Heimatstadt erschossen worden. Die Träger der Willkür- und Terrorherrschaft fühlen sich nun so stark, daß sie es nicht mehr für nötig halten, ihr wahres Gesicht weiterhin zu verstecken.

Angesichts dieser Entwicklungen und der jüngsten Vorgänge in der Türkei, halten wir es für dringend erforderlich, daß dieses Gewaltregime mit aller Deutlichkeit von der demokratischen und sozialistischen Weltöffentlichkeit verurteilt und mit allen möglichen Mitteln bekämpft wird. HASAN NOKTA

# Todesurteile und Morde

Demokratischer türkischer Widerstand, 28. März (apl)

Im Anschluß an die Todesurteile für drei Mitglieder der türkischen Befreiungsarmee, erklärt der Demokratische Türkische Widerstand in einem Kommuniqué am 26. März:

„Die drei Patrioten werden verschiedenen Druckmitteln unterworfen, damit sie erklären, daß sie ihren Kampf bereuen. Die für diese unmenschliche Tat Verantwortlichen haben ihnen eine Amnestie versprochen, wenn sie eine solche

Inzwischen haben diese führenden Militärs weitere Fahndungslisten von Demokraten und Sozialisten produziert und mehrere Universitätsprofessoren und Dozenten festgenommen; ihnen wird vorgeworfen, sie seien gegen die Todesurteile. So z. B. Ugur Alacaptan Mukbil Cayoruk, Adil Azkol, Ugur Numou. Unter den vielen Verhafteten befindet sich auch der bekannte Filmemacher Yalmaz Gunay. Hunderte Jugendlicher, die nach ihrem Urteil wieder in Freiheit waren, wurden erneut inhaftiert. (...)



Vor Gericht: Deniz Gezmiş

Erklärung abgeben. Im Hinblick auf dieses Versprechen haben drei jungen Patrioten erklärt, sie seien stolz, für die Unabhängigkeit der Türkei gekämpft zu haben. Über ihre Familien haben sie eine Grußbotschaft an das türkische Volk und an alle Völker der Welt gesendet. Trotz des Widerstandes des türkischen Volkes und aller demokratischen Kräfte der Welt wurde das Todesurteil an drei jungen Patrioten, Deniz, Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin von Präsidenten der Republik Sunay unterzeichnet.

Trotz der Stellungnahme des Vorsitzenden der Republikanischen Partei İsmet İnönü gegen diese Entscheidung, die im Gegensatz zum Gesetz und zum Verlauf der öffentlich im Senat geführten Debatte über die drei Todesurteile steht und die von bekannten Juristen als rechtswidrig bezeichnet worden sind, wurde das Urteil unterzeichnet, was klar beweist, daß die führenden Militärs des Ausnahmezustandes entschlossen sind, weiteres Blut zu vergießen und eine neue Epoche blutigen Terrors zu beginnen.

Das Militärregime liquidiert die jungen Patrioten aber nicht nur mittels der Gerichte, sondern auch auf den Straßen.

Seit dem 12. März wurden 17 Menschen von den Ordnungskräften getötet. Zuletzt wurde am 12. März Koray Dogan ermordet. Der Kommandant des Ausnahmezustandes hat erklärt, er sei Anarchist gewesen, habe auf der Fahndungsliste gestanden und sei im



Am letzten Samstag gehenkt



Nach dem Massaker in Kizildere — erschossene Befreiungskämpfer

# Denkt an Philipp Müller - Kampf dem Militarismus

Am 11. Mai 1952 — vor 20 Jahren — wurde in der Innenstadt von Essen der 21jährige Jungarbeiter Philipp Müller von der Polizei erschossen. 30 000 Menschen, in erster Linie Jungarbeiter und Lehrlinge demonstrierten damals gegen die beginnende Militarisierung der Bundesrepublik. Sie demonstrierten gegen Parteien, die noch 1945 gesagt hatten, daß die Bundesrepublik nie wieder eine Armee, bewaffnete Streitkräfte organisieren würde.

Gegen Ende der 40er Jahre wurde die Bundesrepublik in die weltweite Strategie des Antikommunismus voll einbezogen. Das bedeutete: die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse. Die Währungsreform ließ alle mit 40 DM beginnen außer denen, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln besaßen. Die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in der Bundesrepublik mußte über kurz oder lang auch den Aufbau einer Armee nach sich ziehen, auch wenn dies in den ersten Jahren nach der Niederlage des Faschismus noch am Widerstand der Arbeiterbewegung scheiterte. Mit dem Korea-Krieg, mit den Plänen, die osteuropäischen Staaten zurückzuerobern, mit dem Entschluß, jede Opposition im Inneren zu zerschlagen, wurde Anfang der 50er Jahre schließlich eine Armee aufgebaut.

Die Militarisierung der Bundesrepublik stieß auf den letzten organisierten Widerstand in den 50er Jahren. Mit der Zerschlagung der antimilitaristischen Bewegung war auch der letzte sozialistische und kommunistische Widerstand beendet. 1952 wurde die FDJ verboten, 1956 die KPD, Zehntausende von Arbeitern und Intellektuellen wanderten in die Gefängnisse.

Philipp Müller war Mitglied der FDJ. Er war nicht nur ein Patriot — wie heute die offizielle DDR-Geschichtsschreibung zu berichten versucht —, sondern ein entschlossener, kämpferischer Arbeitergenosse. Er beschränkte sich nicht auf papierne Proteste und die innere Emigration, sondern nahm entschlossen am Kampf gegen den deutschen Kapitalismus und die Bundeswehr teil.

**Kaufen Sie**  
 Tabak · Zeitungen  
 Spirituosen  
 Lebensmittel  
 Brot + Backwaren  
**Trinkhalle Kothhoff**  
 (Mensaparkplatz)  
 Neu:  
**Busfahrkarten aller Art**

Verlauf einer Razzia getötet worden. Koray Dogan hat niemals auf einer Fahndungsliste gestanden. Er wohnte bei seinen Eltern. Die Polizei verwechselte ihn mit Omar Ayna, der aus dem Militärgefängnis flüchtete, und erschoss ihn aus einer Entfernung von 30 m.

Die Kommandanten von Ankara und Istanbul veröffentlichten in ihrer letzten Erklärung die Namen von Hunderten von Jugendlichen und Intellektuellen und drohten ihnen mit dem Tode, wenn sie sich nicht den Ordnungskräften stellen. Es ist wahrscheinlich, daß bald wieder von neuen Morden des Militärregimes zu hören sein wird.

Alle demokratischen Kräfte müssen, bevor die Urteile an den jungen Patrioten vollstreckt werden, stärkstens protestieren.

Die Militärobersten befinden sich zur Zeit in einem Zustand permanenter Angst. Um jede Opposition gegen die Vollstreckung der Urteile im Keime zu ersticken, werden die Truppen ständig kontrolliert. Die Kommandanten lassen junge Offiziere festnehmen, organisieren weitere Massenverhaftungen von Intellektuellen, Jugendlichen, Professoren und Künstlern. Jeder Schritt in Richtung auf die Verstärkung des blutigen Terrors bringt die Militärmachthaber weiter in die Sackgasse. Jede Stimme, die sich im Ausland erhebt, ist ein weiterer Schlag gegen den Faschismus.“

Am letzten Samstag wurden die drei Studenten hingerichtet.

Die Erschießung Philipp Müllers kennzeichnet eine Niederlage der Arbeiterbewegung, ist ein blutiges Beispiel des Klassenkampfes von oben. Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung Ende der 60er Jahre hat an ihrem Anfang ein ähnlich blutiges Fanal: Fast genau 15 Jahre nach der Ermordung von Philipp Müller wird am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg bei Demonstrationen gegen das persische (Schah-Regime) in Berlin ermordet.

Auf der Strecke der Polizei blieben seit 1967 noch andere: Petra Schelm, Georg v. Rauch, Thomas Weisbecker und viele andere, die mal ein Auto klauten.

Wer heute an den Tod Philipp Müllers erinnert, muß an die Tradition des antimilitaristischen Kampfes anknüpfen. Der muß sich auseinandersetzen mit den Berufsverboten, mit der Militarisierung der Polizei, deren Schnellfeuerwaffen, Handgranaten und Panzerwagen, der muß sich auseinandersetzen mit der Friedenspflicht im Betriebsverfassungsgesetz.

Der Klassenkampf von oben hat in der Bundesrepublik eine blutige Tradition. Aber auch die sozialistische Bewegung hat eine Tradition.

**KÄMPFT GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!**

**KÄMPFT GEGEN DEN MILITARISMUS!**

BOCHUMER LEHRLINGS-KOLLEKTIV

monstrationen, Mitglied der SAG, früher Jusos, Kandidat der Abt. 8 für das SP) und weitere Daten über meine inneruniversitären Tätigkeiten und schriftliche Äußerungen.

Auf Bitte des Beamten unterschreibe ich eine Erklärung, daß ich nicht gewillt sei, Aussagen ohne meinen Anwalt zu machen.

Nachdem dieser „offizielle“ Teil beendet ist, glaubt der Beamte, sich „privat“ zu den Dingen äußern zu müssen. Das Gespräch ist jedoch unergiebig, bis auf die unfreiwillige Auskunft, „man habe in Bochum doch nur 65 Beamte bei der politischen Polizei“.

Ende des Gesprächs um 11.50 Uhr. Rolf Taubert

**Reifen-Dornhardt**  
 Reifenfachhändler  
 Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb  
 Deta-Batterielager  
 Sonderpreise für Uni-Angehörige  
 463 Bochum  
 Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68  
 gegenüber Opel-Eingang I

# ROTBÜCHER

Ulrike M. Meinhof:  
**Bambule**  
 Fürsorge — Sorge für wen? Nachwort Klaus Wagenbach, „Schließlich gibt es das Rotbuch 24, leistungswort, aufschlußreich — als Film immer noch nicht gesendet...“ H. Böll  
 ROTBUCH 24. 108 S., DM 4,50 (3,50)

Alex Schubert:  
**Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay — RAF in der Bundesrepublik.**  
 Berichte der revolutionären Praxis in Lateinamerika und aus der BRD, das politische Manifest der untergetauchten RAF.  
 ROTBUCH 26. 132 S., DM 4,50 (3,50)

P. L. Lavrov  
**Die Pariser Kommune vom 18. März 1871**  
 Vorwort Klaus Meschkat. Zum 100. Jahrestag der Kommune: Der noch nie übersetzte Bericht eines Teilnehmers; krit. Grundlage für Lenin.  
 ROTBUCH 25. 192 S., DM 6,50

**WAGENBACH**

Alle Titel sind erhältlich  
 Politische Buchhandlung Overbergstraße 5

### Gruppenarbeit im sozialen Bereich

Fortsetzung von Seite 6  
 eine Wohngemeinschaft für Fürsorgeerziehung. Jeweils 6 Jugendliche, für die der Vormundschaftsrichter Fürsorgeerziehung angeordnet hat, oder für die freiwillige Erziehungsbeihilfe besteht, leben zusammen mit einem Sozialarbeiter, einem pädagogischen Berater, einem Ersatzdienstleistenden und hin und wieder mit einem Praktikanten zusammen in einer Wohngemeinschaft. Die Arbeit in den beiden Fürsorgekollektiven wird nicht, zumindest nicht unmittelbar, als politische Arbeit verstanden. Jugendliche mit erheblichen Sozialisationsdefiziten und institutionsbedingten Stigmatisierungen haben andere Bedürfnisse als die Lektüre der sozialistischen Klassiker. Die Sozialarbeiter und andere Bezugspersonen brauchen allerdings ein politisches Vorverständnis in dem Sinne, daß die Verhaltensweisen der Jugendlichen als gesellschaftlich verursacht begriffen werden, so daß das Weglernen dieser Verhaltensweisen nicht durch „Einzelfamilie“ oder durch moralische Appelle, sondern nur durch den Sozialisierungsprozess in der Gruppe bewirkt werden können.

Das politische Vorverständnis zeigt sich auch darin, daß der Sozialarbeiter und Bezugspersonen von den Jugendlichen lernen, d. h. daß das eigene internalisierte Wertesystem aus bourgeoiser Erziehung durch die Jugendlichen kontrolliert und korrigiert wird. In diesem wie in unseren anderen Projekten sind wir nicht darauf aus, daß wir das Vertrauen der Betroffenen gewinnen. Im Gegenteil: Sie sollen nicht uns vertrauen, sondern ihrer eigenen Gruppe und ihre eigenen Führer produzieren. Die erste unmittelbare politische Lernerfahrung der Sozialarbeiter — wie gut sie auch immer theoretisch geschult sein mögen — ist in diesen Kollektiven die Einsicht, daß das größte Hindernis für politisch effektive Sozialarbeit die kleinbürgerliche Mentalität der Sozialarbeiter und Bezugspersonen selber ist.

Selbstverständlich wird in den Kollektiven mit den Jugendlichen in regelmäßigen Gruppendiskussionen über die Klassenlage von Fürsorgezöglingen und Sozialarbeitern geredet. Das hat auch zu konkreten Aktivitäten der Jugendlichen geführt. Das Bochumer Kollektiv beispielsweise hat vor einiger Zeit ein Meeting aller nordrhein-westfälischen Kollektive organisiert. Ergebnis dieses Meetings war die Her-

ausgabe einer Kollektivzeitung von den Jugendlichen des Bochumer Kollektivs, die für FE-Heime gedacht ist.

Weiterhin wird ein Kinderladen betrieben mit 12 bis 13 Kindern, der lose zusammenhängt mit der Projektgruppe „Proletarische Vorschulerziehung“, die mit Kindern aus Notunterkünften arbeitet (2).

Zur Zeit wird mit einer Projektgruppe eine Drogenberatungsstelle und eine entsprechende Wohngemeinschaft aufgebaut. Eine weitere Gruppe betreibt nach Methoden sozialistischer Gruppen- und Gemeinwesenarbeit Stadteilerarbeit in einem Arbeiterwohnviertel (15 000 EW, 2 Notunterkünfte, 2 Sonderschulen, Rockerclubs, gettoartig von Zeehen und Industriebetrieben umgeben). Diese letzte Gruppe versteht sich darüber hinaus als Initiativgruppe, die neue Projekte anregt, methodisch begleitet, Projektanalysen macht und das Training in Methoden für andere Gruppen übernimmt.

Bei den meisten der genannten Projektgruppen besteht jeweils ein eingetragener gemeinnütziger Verein als Rechtsträger. E. V.s werden von uns hauptsächlich dann gegründet, wenn es um Anmietung von Häusern, Finanzierung etc. geht und um die Möglichkeit sozialistische Sozialarbeiter, Ersatzdienstleistende und andere Genossen einzustellen (und zu bezahlen).

Unsere Strategie ist, Gegeninstitutionen zu gründen, die die Möglichkeit schaffen, antikapitalistische Arbeit im sozialen Bereich institutionell abzusichern und zu finanzieren. Die Gefahren, die darin liegen, zu einem neuen Wohlfahrtsverband zu werden, mit den entsprechenden „blinden Flecken“ und parakapitalistischen Strukturen, sind uns voll bewußt. Wir versuchen, das durch dauernde Teamkontrolle der gesamten Gruppe zu verhindern. Das geht soweit, daß wir auch Projekte liquidieren, wenn sie keine sozialistische Perspektive haben, es sei denn, sie können als Abschirm- oder Renommierprojekte (d. h. taktisch notwendig) dienen.

**Kontaktadresse: Gesine Mattel u. Bruno Peters, 463 Bochum, Lennerhofstraße 66.**

(1) Beispiel: Ausbildung statt Ausbeutung — Der Kampf der Essener Lehrlinge, rororo aktuell.

(2) Darüber ist ein ausführlicher Bericht verfaßt worden: „Hi ha ho“, proletarische Vorschulerziehung, Projektgruppe Brelöhstraße, Bochum 1972.



### Redaktions-Stellungnahme zu diesem Kunstwerk

Die oben abgebildete Karikatur brachte einigen Mitgliedern des alten AstA, der BSZ-Redaktion und des FR-Sowi eine Klage ein, weil sie die Karikatur veröffentlicht hatten. Die jetzige BSZ-Redaktion muß sich auch in aller Schärfe von dieser Karikatur distanzieren, sofern sie Assoziationen wecken soll bezüglich der Beziehungen des Herrn Papalekas zur Abt. VIII, sofern diese Karikatur mit einer inhaltlichen, politischen Aussage verbunden ist. Die dargestellte Beziehung zwischen Prof. Papalekas und der Abt. Nr. VIII müßte Letzterer ein uns allen bekanntes angenehmes Lustempfinden bereiten, und Lust hat Papalekas der Abt. VIII bestimmt nicht gebracht. Nein, wir veröffentlichen die Karikatur aus rein künstlerischen Erwägungen, da ein namhafter Künst-

ler unseres Kulturkreises ein Gutachten über jene Zeichnung anfertigte, die uns zu denken gab, und die wir deshalb dem geschätzten Kunstfreund nicht vorenthalten möchten. Das Gutachten von Prof. Joseph Beuys lautet: „Die Papalekas-Karikatur habe ich gesehen. Sie ist selbstverständlich ein Produkt menschlicher Kreativität und so Kunst. Oder Wissenschaft? Joseph Beuys Prof. Bildhauer 4 Düsseldorf Staatliche Kunstakademie Eiskellerstraße 1“ Die BSZ-Redaktion wird sich auch in Zukunft bemühen, Kunstwerke, deren Schöpfer in diesen geheiligten Wänden der RUB, tätig waren, der Öffentlichkeit zur ernsthaften Diskussion zugänglich zu machen.

## Die Chronik

26. April: Zu 500 DM Geldstrafe wird in Bochum der ehemalige SDAJ-Vorsitzende Möbius verurteilt, weil er für die Herausgabe eines Plakates verantwortlich zeichnete, auf dem F. J. Strauß in Form eines Hakenkreuzes abgebildet ist. Wegen Beleidigung des gleichen Strauß wird in Herne zudem ein Redakteur der „Roten Fahne“ der KPD/ML zu 300 DM Geldstrafe verurteilt. Er hatte den Bayern des Faschismus geziehen.

28. April: Der „Rote Buderus Arbeiter“ Betriebszeitung der KPD/ML, wird gefälscht, um Kommunisten bei den Kollegen im Betrieb zu diffamieren. Zur gleichen Zeit wird bekannt, daß eine Detektei in Kassel von einem Unternehmer um Hilfe gegen linke Flugblätter und Betriebszeitungen gebeten worden ist. Die Detektei rühmte sich Journalisten gegenüber, daß sie „in der gleichen Aufmachung Gegenzeitungen drucken ließ“.

28. April: Bundeskanzler Brandt versichert, daß die Verteidigungsanstrengungen der BRD in den nächsten Jahren nicht vermindert würden, d. h., es wird fleißig weiter aufgerüstet. Um Zweifel auszuschießen, es handelt sich um den gleichen Brandt, dessen „Friedenspolitik“ in trauriger Eintracht von Nixon, SPD, Breschnew, Pompidou, DKP, Heath und Spartakus unterstützt wird.

30. April: Für den spanischen Kommunisten Santiago Carillo, der nach „illegaler“ Einreise in Frankfurt vor 3000 Spaniern auf einer antifaschistischen Kundgebung sprach, besteht in der BRD Aufenthaltsverbot. Das Innenministerium weist die Frankfurter Polizei an, ihn „unverzüglich abzuschleppen“.

2. Mai: „Anarchisten kann man riechen.“ (Ausspruch des neuen obersten Verfassungsschützers und SPD-Sympathisanten A. Nollau).

2. Mai: Ein Frankfurter Betrieb mit über 250 Beschäftigten wird überraschend stillgelegt. Inventar und Maschinen werden in einen Zweigbetrieb der Firma nach Spanien verlagert — dort sind die Arbeitskräfte schließlich billiger.

2. Mai: Mehr als tausend Tonnen Industrieschlacke, der Arsen und Schwefelsäure enthält, werden in Bochum auf Krupp-Gelände gefunden.

3. Mai: Bewerber für den öffent-

lichen Dienst müssen in Zukunft schriftlich niederlegen, daß sie auf dem Boden des Grundgesetzes und einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ stehen; so ein Beschluß der Länder-Innenminister.

3. Mai: Wie das Bonner Städtebauinstitut mitteilt, sind die Mieten in der BRD in einem Zeitraum von knapp zehn Jahren um mehr als 80 Prozent gestiegen.

4. Mai: Nach Auskunft des Bundeskartellamts setzt sich die Monopolisierung der westdeutschen Industrie verstärkt fort. Im ersten Quartal dieses Jahres gab es 99 beim Kartellamt anzumeldende Fusionen. Dies entspricht einer Steigerung von mehr als 94 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

4. Mai: Im Zeitalter audiovisueller Kommunikation wird die Bucherverbrennung durch subtilere Methoden ersetzt. Wie weiland Ulrike Meinhofs Fernsehspiel „Bambule“ ergeht es heuer Ernest Mandel, dessen Sendung „Die assoziierten Produzenten“ vom SPD-Intendanten des SFB abgesetzt wird.



Er leitet die Aktionen gegen uns: Nollau, ehemals NSDAP

4. Mai: Der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes plant, einen drohenden Streik der rund 280 000 Bankbeschäftigten durch den Einsatz von Pensionären, „Mitarbeitern befreundeter Firmen“ und außertariflichen Angestellten zu unterlaufen. Weitere Empfehlung: Es sollen den tariflichen Angestellten am Tag vor dem Streik alle übergebenen Schlüssel abgenommen werden.

4. Mai: „Unsere Männer in Bonn“ — Unterschrift zu den Bildern der Bundestagsabgeordneten Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) und Otto Zink (CDU) in der Opel-Werkzeitschrift.

**Reihe: Gewerkschaften**

**VERLAG**

Band 1  
**Kommunismus und kommunistische Gewerkschaften**  
 Arthur Rosenberg DM 1,50

Band 2  
 K. Korsch - S. Schwarz  
**Rote Gewerkschaftsinternationale**  
 Marxismus und die Gewerkschaftsfrage DM 3,20

Band 6  
**Die deutschen Gewerkschaften**  
 Ihre Geschichte und politische Funktion  
 Wolfgang Abendroth DM 4,—

Im Vertrieb: Das Werk über „Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921“, Oskar Anweiler, 368 Seiten ist eines der wichtigsten Grundlagentexte für das Studium der russischen Revolution. DM 12,—

N. Lenin - G. Sinowjew  
**Gegen den Strom**  
 Aufsätze aus den Jahren 1914—1916  
 620 Seiten Sonderpreis: statt 15,— jetzt nur DM 10,—

Kollektiv-Verlag, 1 Berlin 44, Rollbergstraße 67 — Bank für Handel und Industrie, Konto-Nr. 520 288/01 (m. Höpfer) PSK der Bank Nr. 00 0000

### Aus einem Brief von Dalia Michel (SPK), der sich mit der medizinischen Versorgung im Knast beschäftigt.

Und ganz schlimm ist es hier mit der ärztlichen Versorgung. Im SPK haben wir es ja erfahren und in einer Analyse in Zusammenhang gebracht, wie Entretung und Depravierung im Zustand des Patienten auf die Spitze getrieben sind. In Gotteszell kann man es wieder mit aller Deutlichkeit erfahren.

Die Gefangenen sind dem Anstaltsarzt bei weitem mehr ausgeliefert als den Justizorganen. Bei Beschlüssen oder Anordnungen der Letzteren hat der Gefangene immerhin noch die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen. Die wird natürlich meistens als „unbegründet“ verworfen. Aber die Angelegenheit wird von einer getrennten Instanz, wenn auch nur formal getrennt, geprüft. Es kann dadurch vorkommen, daß ein Richter oder sonstiger Justizangestellter, nicht dem Gefangenen zuliebe, aber um einem mißliebigen Fach- oder Amts Kollegen eine auszuweichen, der Beschwerde des Gefangenen stattgibt. Trifft der Anstaltsarzt Anordnungen oder Maßnahmen usw., oder unterläßt er sie, so helfen keine Beschwerden. Eine Möglichkeit der Beschwerdeerhebung ist nämlich nicht einmal eingeräumt. Erstattet man Anzeige gegen ihn, z. B. wegen unterlassener Hilfeleistung, so wird diese bald von der SA eingestellt, da bei Vernehmung des Arztes, der ja beteuert, er hätte alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, die Vorwürfe seien also zu Unrecht erhoben. So ging es der Gerda.

### Spaltung der ETA

Ein Jahr nach dem Prozeß von Burgos hat sich der baskische Widerstand in zwei Blöcke gespalten. Der eine besteht aus der nicht-marxistischen „militärischen“ Fraktion der ETA, die sich mit einigen anderen bürgerlich-nationalistischen Gruppen zur Baskischen Nationalen Front (F.N.V.) vereinigt hat. Die F.N.V. wird von einem Teil der Priester unterstützt und hofft die kleinen Eigentümer für sich zu gewinnen. Ihre Taktik ist die Stadtguerilla. Der zweite Block besteht aus verschiedenen marxistischen Gruppen, die von der Spanischen Kommunistischen Partei wirksam unterstützt werden. Diese Gruppen, in denen sowohl Trotzisten, Maoisten als auch Sowjetmarxisten vertreten sind, versuchen eine Bewegung aufzubauen, die auf der Massenaktion der Arbeiter basiert. Die zweite Gruppe lehnt die bewaffnete Aktion nicht völlig ab, besteht jedoch darauf, daß sie nur dazu dienen kann, die Massenaktionen zu unterstützen. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Konzeptionen war schon vor dem Prozeß von Burgos offenbar geworden, als von der marxistischen Fraktion die Stadtguerilla-Taktik kritisiert und der Aufbau einer baskischen Arbeitereinheitsfront gefordert wurde.

4. Mai: „Wie ich soeben höre, hat unser Bundeskanzler die Abstimmung über das konstruktive Mißtrauensvotum gewonnen.“ Als der Kapitän einer Lufthansa-Maschine auf dem Flug von Frankfurt nach Hamburg dies über Bordlautsprecher bekanntgab, klatschte die große Mehrheit der Fluggäste — überwiegend Männer der Wirtschaft — spontan Beifall („Die Zeit“).

5. Mai: „Mit neuen Kompromißvorstellungen wollen die führenden SPD-Hochschulpolitiker der CDU/CSU-Opposition ein Zusammengehen in der Hochschulrahmengesetzgebung schmackhaft machen.“ (Aus einem Bericht der FR.)

Nachzutragen bleibt noch, daß es im April in der BRD über 81 000 Kurzarbeiter und 231 000 Arbeitslose gab. Außerdem: Die Großen schlucken weiter. Die WAZ schluckte die Tageszeitung „Ruhranzeiger“, die westliche Konkurrenz der Ruhrgebietszeitung, die „Rheinische Post“, verleihte sich drei Lokalzeitungen in der Umgebung Düsseldorf ein.

Gerda leidet an einer Coeliakie. Die Anämie, die u. a. von der Coeliakie bedingt ist, wird bei Gerda noch durch eine Störung der Erythrocytenbildung im Knochenmark verstärkt. Sie ist auf Bluttransfusionen angewiesen. Da die Hauptvenen bei ihr schlecht ausgebildet sind, muß sie wegen der Transfusionen ins Krankenhaus, da dafür eine Hauptvene aufgeschnitten (= Venesection) oder katheterisiert werden muß.

Nach einer solchen Maßnahme schließt sich meistens die Vene. Oft für zeitlebens. Das bedeutet, daß häufiger die Transfusionen aufeinander folgen, desto mehr nimmt die Behinderung des venösen Abflusses zu, desto eher wird die Gefahr eines Kreislaufversagens heraufbeschwört. Und seitdem sie hier ist, folgen bei ihr die Transfusionen häufiger als zuvor aufeinander. Sie muß jetzt alle 2 Wochen eine kriegen.

Das liegt einmal an der unvollständigen Diät, die sie hier bekommt. Wegen der Coeliakie ist sie auf glutenfreies Brot angewiesen. Es hat Wochen gedauert, bis der Staudenmaier die Bestellung dieses Brotes (es ist ziemlich teuer) zugelassen hat. Aber trotz des glutenfreien Brotes ist die Diät noch unvollständig. Immer wieder kriegt sie irgendwelche Speisen, die sie nicht essen darf. Der Staudenmaier macht sich jedoch in keiner Weise die Mühe, die Durchführung einer optimalen Diät zu veranlassen. Je optimaler die Diät nämlich, desto optimaler die Nahrungsresorption (also auch die des für die Blutbildung unerläßlichen Eisens), desto seltener die fällig werdenden Bluttransfusionen. Gerda ist in der letzten Zeit, abgesehen von ihrer Strafsache, seelisch erheblich beunruhigt durch die Weigerung des Dr. Staudenmaier, sie fachärztlich untersuchen zu lassen.

Jetzt setze ich den Brief einen Tag später fort. Gerda ist vom Krankenhaus zurück. Außer den zwei Transfusionen wurde bei ihr eine Kontrastaufnahme des Dickdarms vorgenommen. Diagnose: Colitis Ulcerosa. Der ganze Dickdarm muß herausoperiert werden. Sie wird einen künstlichen Darmausgang erhalten (sie ist 31 Jahre alt).

Das es so schlimm jetzt wurde, ist Dr. Staudenmaiers Schuld. Erstens, weil er sie überhaupt als haftfähig die ganze Zeit über schrieb und zweitens, weil er sie nicht rechtzeitig zum Internisten schickte.

Gestern, als sie vom Krankenhaus kam, blieb ihm gar nichts mehr übrig, als seiner formellen Pflicht nachzugehen und den Haftunfähigkeitsschein für Gerda zu unterschreiben, nachdem die Empfehlung dazu vom Krankenhaus kam.

**B S Z**

Herausgeber und Verleger:  
 Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-Loszi Ostfalk (SHB), Hannes Sanger (SAG), Klaus Rothfah (SAG).

Redaktion: Harald Jung (SAG), Jörk Böhnk, Michael Dornieden (SAG).  
 Anschrift: 463 Bochum, Lennerhofstraße 60.  
 Auflage 10 000 Exemplare.  
 Anzeigenleitung: Hajo Mulsow.  
 Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.  
 Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
 Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennerhofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.

**Buchbinderarbeiten**  
 gut, preiswert und schnell

**Buchbindermeister C.-L. HEBLER**  
**Bochum-Querenburg**

Sauerbruchstraße 29 Telefon 70 10 27  
 Hedwigstraße 5 Telefon 6 03 50

**ACHTUNG, wer sucht über Pfingsten einen Kurzaufenthalt an der Nordseeküste mit allen Sportmöglichkeiten, mit Ausflugsmöglichkeiten in die flandrischen Städte Gent und Brügge und mit einem Nachtleben wie in Paris?**

**Wir bieten Ihnen eine Fahrt in das Seebad Ostende vom 19. bis 22. 5. 1972 mit Hotel und voller Verpflegung für nur DM 79,—.**

**Melden Sie sich sofort an, da nur noch wenige Plätze frei sind!**

**Studenten-Reisedienst Bochum**  
 Lennerhofstraße 66, Baracke 9 (hinter der alten Mensa)  
 Telefon 71 39 80

**3x in Nähe der Uni**

**SPARKASSE**  
 Hustedt, Auf dem Backenberg 3 Tel. 70 10 15

**SPARKASSE**  
 Universität, Buscheystraße 132 Tel. 70 16 74

**SPARKASSE**  
 Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 7 39 72

**- in Ihrer Nähe -**

